

No. 41095

**Germany
and
Tajikistan**

**Agreement between the Government of the Federal Repnblic of Germany and the
Government of the Republic of Tajikistan for the avoidance of double taxation
with respect to taxes on income and capital (with protocol). Berlin, 27 March 2003**

Entry into force: *21 September 2004 by the exchange of instruments of ratification, in
accordance with article 30*

Anthentic texts: *German and Russian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 7 March 2005*

**Allemagne
et
Tadjikistan**

**Accord entre le Gonvernement de la Répnblique fédérale d'Allemagne et le
Gouvernement de la République du Tadjikistan tendant à éviter la double
imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole).
Berlin, 27 mars 2003**

Entrée en vignenr : *21 septembre 2004 par échange des instruments de ratification,
conformément à l'article 30*

Textes anthentiques : *allemand et russe*

Enregistrement anprès dn Secrétaireat des Nations Unies : *Allemagne, 7 mars 2005*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Republik Tadschikistan
zur
Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und
vom Vermögen

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Tadschikistan -

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des

Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Republik Tadschikistan:

die Steuer auf Einkommen (Gewinn) juristischer Personen,
die Einkommensteuer von natürlichen Personen und
die Vermögensteuern bei juristischen und natürlichen Personen
(im Folgenden als "tadschikische Steuer" bezeichnet);

b) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Gewerbesteuer und
die Vermögensteuer
einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als "deutsche Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3
Allgemeine Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck "ein Vertragsstaat" und „der andere Vertragsstaat“ das Hoheitsgebiet dieser Staaten sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit der jeweilige Staat dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
 - b) bedeutet der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - c) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" eine juristische Person oder einen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird;
 - d) bezieht sich der Ausdruck "Unternehmen" auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
 - e) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein;
 - f) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

h) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"

aa) in Bezug auf die Republik Tadschikistan:

alle natürlichen Personen, die die tadschikische Staatsangehörigkeit besitzen
sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen
Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Tadschikistan geltenden
Recht errichtet worden sind;

bb) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland
sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen
Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland
geltenden Recht errichtet worden sind;

i) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"

aa) in der Republik Tadschikistan das Ministerium der Finanzen, seine
Bevollmächtigten oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat;

bb) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die
Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4
Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Länder und ihre Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);**
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;**
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;**
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.**

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Eine Personengesellschaft gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Die in den Artikeln 6 bis 21 vorgesehenen Beschränkungen des Besteuerungsrechts des anderen Vertragsstaats gelten jedoch nur insoweit, als die Einkünfte aus diesem Staat und das in diesem Staat gelegene Vermögen der Personengesellschaft der Besteuerung im erstgenannten Staat unterliegt.

**Artikel 5
Betriebsstätte**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,**
- b) eine Zweigniederlassung,**
- c) eine Geschäftsstelle,**
- d) eine Fabrikationsstätte,**
- e) eine Werkstatt und**
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.**

- (3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.
- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
 - b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
 - c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
 - d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
 - e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
 - f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.
- (5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im Absatz 4 genannten Tätigkeiten.

die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

Artikel 7
Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Dieser Artikel gilt auch für die Einkünfte aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft. Er erstreckt sich auch auf Vergütungen, die ein Gesellschafter einer Personengesellschaft von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft, für die Gewährung von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezieht, wenn diese Vergütungen nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, in dem die Betriebsstätte gelegen ist, den Einkünften des Gesellschafters aus dieser Betriebsstätte zugerechnet werden.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Für Zwecke dieses Artikels beinhaltet der Begriff "Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr" auch die Gewinne aus der

a) gelegentlichen Vermietung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und

b) Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dienen),

wenn diese Tätigkeiten zum Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gehören.

(4) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(5) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die

Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates

Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberichtige im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Erzielt eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberichtige ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12
Lizenzgebühren

- (1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.
- (2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.
- (3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck "Lizenzgebühren" beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.
- (4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.
- (5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der

Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen - direkt oder indirekt - überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient,

können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(6) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens fünf Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 5 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Anteilen an Gesellschaften, die im erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel zu besteuern. In diesem Fall wird der im erstgenannten Staat besteuerte Vermögenszuwachs bei der Ermittlung des späteren Vermögenszuwachses durch den anderen Staat nicht einbezogen.

Artikel 14

Einkünfte aus unselbständiger Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15 bis 18 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und**

- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, and
 - c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.
- (3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.
- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes im Binnenverkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 15

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie

Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 17

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine in anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines

Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff "Rente" bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

(5) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in dem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind; Steuerfreiabzüge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieser Bestimmung.

Artikel 18 Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates an eine natürliche Person für die diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

- aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
- bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

- a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates oder aus von diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögens an eine natürliche Person für die diesem Staat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden, ist Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Vergütungen, die vom oder für das Goethe-Institut Inter Nationes oder den Deutschen Akademischen Austauschdienst der Bundesrepublik Deutschland gezahlt werden. Eine entsprechende Behandlung der Vergütungen anderer vergleichbarer Einrichtungen der Vertragsstaaten kann durch die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 14.

Artikel 19

Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kultauraustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar von der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 20

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 21

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Republik Tadschikistan ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Bezieht eine in der Republik Tadschikistan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so gestattet die Republik Tadschikistan

- a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag anzurechnen, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
- b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag anzurechnen, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte oder Vermögenswerte entfällt, die in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können.

Einkünfte oder Vermögenswerte einer in der Republik Tadschikistan ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in der Republik Tadschikistan auszunehmen sind, können gleichwohl in der Republik Tadschikistan bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus der Republik Tadschikistan sowie die in der Republik Tadschikistan gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Republik Tadschikistan besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen.

Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Tadschikistan ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die tadschikische Steuer angerechnet, die nach dem Recht der Republik Tadschikistan und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:
 - aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - bb) Lizenzgebühren;
 - cc) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Republik Tadschikistan besteuert werden können;
 - dd) Einkünfte, die nach Artikel 14 Absatz 3 in der Republik Tadschikistan besteuert werden können;
 - ee) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
 - ff) Einkünfte im Sinne des Artikels 16.
- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften

zugrundeliegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Tadschikistan ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

- d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.
- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden.
 - aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 24 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder
 - bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vom ersten Tag des Kalenderjahres vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

Artikel 23
Gleichbehandlung

- (1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.
- (2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.
- (3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.
- (4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 5 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen

Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 24 Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die

Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 25 **Informationsaustausch**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

- (2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,
- a) für die Erteilung von Informationen Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
 - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
 - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 26

Verfahrensregeln für die Quellenbesteuerung

- (1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünfte im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.
- (2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugsteuer auf die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünften folgenden Jahres eingereicht werden.
- (3) Ungeachtet des Absatzes I wird jeder Vertragsstaat Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Einkünften, die nach diesem Abkommen im Quellenstaat keiner oder nur

einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit im anderen Vertragsstaat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 27

Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen

Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsverschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden. Führt die vorstehende Bestimmung zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 24 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 28

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die im anderen

Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für die Zwecke dieses Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit außerhalb dieses Staates gelegenem Vermögen nicht steuerpflichtig ist und**
- b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie die in diesem Staat ansässigen Personen.**

**Artikel 29
Protokoll**

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

**Artikel 30
Inkrafttreten**

- (1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.**
- (2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden**
 - a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;**

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 24. November 1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tadschikistan außer Kraft und ist nicht mehr anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das neue Abkommen in Kraft getreten ist;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das neue Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 31

Kündigung

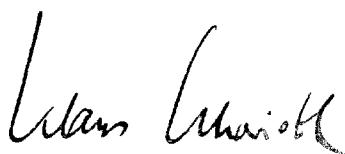
Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

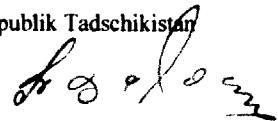
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Geschehen zu Berlin am 27. März 2003 in zwei Ausfertigungen, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland



Für die
Republik Tadschikistan



**Protokoll
zum Abkommen
zwischen der
Bundesrepublik Deutschland
und
der Republik Tadschikistan
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
vom 27. März 2003**

Anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tadschikistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu Artikel 7

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine Geschäftstätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des

vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrag, sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.

- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 des Abkommens anzuwenden ist.

2. Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder

Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und

- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.**

3. Zu Artikel 25

Falls nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.**
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.**
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.**
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle**

unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten vorzunehmen.

- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

[RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]

**Соглашение
между
Федеративной Республикой Германия
и
Республикой Таджикистан
об
избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество**

Федеративная Республика Германия

и

Республика Таджикистан -

желая содействовать развитию экономических взаимоотношений путем устранения налоговых препятствий -

согласились о нижеследующем:

Статья 1

Лица, к которым применяется Соглашение

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Статья 2

Налоги, на которые распространяется Соглашение

(1) Настоящее Соглашение применяется к налогам на доходы и имущество, взимаемым от имени Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, независимо от способа и метода их взимания.

(2) Налогами на доходы и имущество считаются любые налоги, которые взимаются с совокупного дохода, совокупного имущества или частей дохода или имущества, включая налоги с прибыли от отчуждения движимого или недвижимого имущества, налоги с общих сумм заработной платы или вознаграждений, выплачиваемых предприятиями, а также налоги с прироста имущества.

(3) К действующим в настоящее время налогам, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, в частности, относятся:

a) в Республике Таджикистан:

налог на доходы (прибыль) юридических лиц,
подоходный налог с физических лиц и
налоги на имущество юридических и физических лиц
(далее именуемые «таджикские налоги»);

b) в Федеративной Республике Германия:

подоходный налог,
налог с корпораций,
промышленный налог и
налог на имущество,
включая налоговые надбавки к ним
(далее именуемые «германские налоги»)

(4) Настоящее Соглашение применяется также к любым подобным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут уведомлять друг друга о существенных изменениях, внесенных в их налоговые законы.

Статья 3 Общие определения

(1) Для целей настоящего Соглашения, если иное не вытекает из контекста:

а) термин «Договаривающееся Государство» и «другое Договаривающееся Государство» означает территорию этих государств, а также прилегающий к территориальному морю район морского дна, его недр, а также расположенной над ними водной толщи, в котором то или другое Государство в соответствии с международным правом и национальным законодательством осуществляет суверенные права и юрисдикцию в целях разведки, разработки, сохранения природных ресурсов, как живых, так и неживых, а также в целях управления ими;

- b) термин «лицо» означает физическое лицо, компанию или любое другое объединение лиц;
- c) термин «компания» означает юридическое лицо или правовой субъект, который для целей налогообложения рассматривается как юридическое лицо;
- d) термин «предприятие» подразумевает осуществление коммерческой деятельности;
- e) термин «коммерческая деятельность» включает также осуществление деятельности по оказанию независимых профессиональных услуг или прочей деятельности независимого характера;
- f) термины «предприятие Договаривающегося Государства» и «предприятие другого Договаривающегося Государства» соответственно означают предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом Договаривающегося Государства, или предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом другого Договаривающегося Государства;
- g) термин «международные перевозки» означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием с местом фактического руководящего органа в Договаривающемся Государстве, кроме случаев, когда морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно между пунктами, расположеннымными в другом Договаривающемся Государстве;
- h) термин «национальное лицо» означает
 - aa) применительно к Республике Таджикистан
 - любое физическое лицо, имеющее гражданство Республики Таджикистан, а также любое юридическое лицо, простое товарищество и иное объединение лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Республике Таджикистан законодательством,
 - bb) применительно к Федеративной Республике Германия:
 - любого немца в понимании Основного закона Федеративной Республики Германия, а также любое юридическое лицо, простое товарищество и иное объединение лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Федеративной Республике Германия законодательством,
- i) термин «комpetентный орган» означает:

аа) применительно к Республике Таджикистан Министерство финансов, его уполномоченных лиц или орган, которому оно передало свои полномочия,

бб) применительно к Федеративной Республике Германия Федеральное министерство финансов или орган, которому оно передало свои полномочия.

(2) Если из контекста иное не вытекает, то при применении Договаривающимся Государством настоящего Соглашения любой не определенный в Соглашении термин имеет то значение, которое в период действия настоящего Соглашения ему придает законодательство этого Государства о налогах, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, причем значение согласно применяемому в этом Государстве налоговому законодательству преобладает над каким-либо значением, которое термин имеет в соответствии с другой правовой отраслью данного Государства.

Статья 4

Резидент

(1) Для целей настоящего Соглашения термин «резидент Договаривающегося Государства» означает любое лицо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основе своего местожительства, своего постоянного местопребывания, места нахождения своего руководящего органа или иного аналогичного критерия, включая также само это Государство, его земли и их административно-территориальные образования. Указанный термин не распространяется, однако, на лицо, которое подлежит налогообложению в этом Государстве только в отношении доходов из источников в этом Государстве или в отношении имущества, расположенного в этом Государстве.

(2) В случае, если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, действуют следующие положения

а) Лицо считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем, если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, то оно считается резидентом только того Государства, с которым оно имеет наиболее тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);

б) в случае, если не может быть определено, в каком Государстве лицо имеет центр жизненных интересов, или если лицо не располагает постоянным жилищем ни в

одном из Государств, оно считается резидентом только того Государства, в котором оно обычно проживает;

- c) если лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом только того Государства, гражданином которого оно является;
- d) если лицо является гражданином обоих Государств или ни одного из них, то компетентные органы Договаривающихся Государств решают этот вопрос по взаимному согласию.

(3) В случае если в соответствии с положениями пункта 1 настоящей статьи лицо, иное, чем физическое лицо, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то оно считается резидентом того Договаривающегося Государства, в котором расположено место нахождения его фактического руководящего органа

(4) Простое товарищество считается резидентом Договаривающегося Государства, в котором находится место его фактического руководящего органа. Ограничения в отношении права налогообложения другого Договаривающегося Государства, предусмотренные в статьях 6 - 21 настоящего Соглашения, применяются, однако, лишь постольку, поскольку доходы из этого другого Государства и расположенного в нем имущество простого товарищества подлежат налогообложению в первом указанном государстве

Статья 5 Постоянное учреждение

(1) Для целей настоящего Соглашения термин «постоянное учреждение» означает постоянное место предпринимательской деятельности, через которое полностью или частично осуществляется деятельность предприятия

(2) Термин «постоянное учреждение», в частности, включает:

- a) место управления;
- b) филиал;
- c) офис;
- d) фабрику;
- e) мастерскую и

ф) шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место разработки природных ресурсов.

(3) Строительная площадка или монтажный объект являются постоянным учреждением только в случаях, если продолжительность их существования превышает 12 месяцев.

(4) Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, постоянным учреждением не считаются:

а) объекты, используемые исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки изделий или товаров, принадлежащих предприятию;

б) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки;

с) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях обработки или переработки их другим предприятием;

д) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях закупки для предприятия изделий или товаров либо сбора информации для него;

е) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления для предприятия любых иных видов деятельности подготовительного или вспомогательного характера;

ж) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления видов деятельности, перечисленных в подпунктах а) - е) настоящего пункта, при условии, что вытекающая из этого совокупная деятельность данного постоянного места имеет подготовительный или вспомогательный характер

(5) Если лицо, за исключением независимого агента, указанного в пункте 6 настоящей статьи, осуществляет деятельность для предприятия и имеет в Договаривающемся Государстве полномочие на заключение контрактов от имени этого предприятия и обычно осуществляет в нем данное полномочие, то такое предприятие, несмотря на положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи, рассматривается как имеющее постоянное учреждение в этом Государстве в отношении любой деятельности, осуществляющей этим лицом в интересах предприятия, если только эта деятельность не ограничивается видами, указанными в пункте 4 настоящей статьи, которые в случае их осуществления

через постоянное место предпринимательской деятельности в соответствии с указанным пунктом не превращают данное место в постоянное учреждение.

(6) Предприятие не будет рассматриваться как имеющее постоянное учреждение в Договаривающемся Государстве лишь только потому, что оно осуществляет в нем свою деятельность через брокера, комиссионера либо другого независимого агента при условии, что такие лица действуют в рамках своей обычной коммерческой деятельности.

(7) Тот факт, что компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, контролирует компанию или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договаривающегося Государства или осуществляет в нем свою деятельность (либо через постоянное учреждение, либо иным образом), сам по себе не превращает одну из этих компаний в постоянное учреждение другой.

Статья 6

Доходы от недвижимого имущества

(1) Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от недвижимого имущества (включая доходы от предприятий сельского и лесного хозяйства), расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Термин «недвижимое имущество» имеет то значение, которое он имеет по законодательству того Договаривающегося Государства, в котором расположено данное имущество. Этот термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения законодательства о земельных участках, права пользования недвижимым имуществом и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных ресурсов, источников и других природных ресурсов, морские и воздушные суда не считаются недвижимым имуществом.

(3) Положения пункта 1 настоящей статьи применяются к доходам от прямого использования недвижимого имущества, сдачи его внаем или в аренду, а также от использования недвижимого имущества в любой другой форме.

(4) Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи применяются также к доходам от недвижимого имущества предприятия.

Статья 7

Прибыль от предпринимательской деятельности

- (1) Прибыль предприятия Договаривающегося Государства может облагаться налогом только в этом Государстве, если только предприятие не осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение. Если предприятие осуществляет свою деятельность упомянутым образом, то его прибыль может облагаться налогом в другом Государстве, однако лишь поскольку она может быть отнесена к этомуциальному учреждению.
- (2) В случае если предприятие Договаривающегося Государства осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение, то с учетом положений пункта 3 настоящей статьи в каждом Договаривающемся Государстве к этому постоянному учреждению относятся суммы прибыли, которые оно могло бы получить, если бы оно осуществляло такую же или аналогичную деятельность при таких же или аналогичных условиях, будучи самостоятельным предприятием и действуя полностью независимо в отношениях с предприятием, постоянным учреждением которого оно является.
- (3) При исчислении прибыли постоянного учреждения допускается вычет расходов, понесенных для нужд такого постоянного учреждения, включая управленческие и общесадминистративные расходы, независимо от того, возникли ли они в Государстве, в котором расположено постоянное учреждение, или где-либо в другом месте.
- (4) Если в Договаривающемся Государстве принято исчислять прибыль, относящуюся к постоянному учреждению, путем распределения совокупной суммы прибыли предприятия на его отдельные подразделения, то положения пункта 2 настоящей статьи не исключают, чтобы это Договаривающееся Государство исчисляло облагаемую налогом прибыль в соответствии с принятым методом распределения, выбранный метод распределения прибыли должен, однако, соответствовать по своему результату принципам настоящей статьи.
- (5) На основании произведенной постоянным учреждением лишь закупки изделий или товаров для предприятия никакая прибыль к нему не относится.
- (6) При применении положений предыдущих пунктов настоящей статьи прибыль, относящаяся к постоянному учреждению, каждый год должна быть исчислена одним и тем же методом, если только не имеется достаточно веских причин действовать по иному.

(7) Положения настоящей статьи применяются также к доходам от участия в простом товариществе. Ее действие также распространяется на вознаграждения, которые получает участник простого товарищества от данного товарищества за свою деятельность в интересах товарищества, за предоставление кредитов (займов) или передачу хозяйственных ценностей, если указанные вознаграждения согласно налоговому законодательству того Договаривающегося Государства, в котором расположено постоянное учреждение, относятся к доходам, получаемым участником от этого постоянного учреждения

(8) Если прибыль включает доходы, рассматриваемые в других статьях настоящего Соглашения, то положения этих других статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Статья 8

Морской, внутренний водный и воздушный транспорт

(1) Прибыль от использования морских или воздушных судов в международных перевозках может облагаться налогом только в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического руководящего органа предприятия.

(2) Прибыль от использования судов, предназначенных для внутреннего водного транспорта, может облагаться налогом только в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического руководящего органа предприятия.

(3) Для целей настоящей статьи термин «прибыль от эксплуатации морских или воздушных судов в международных перевозках» включает также суммы прибыли от:

а) перегрузки сдачи внаем порожних морских или воздушных судов и

б) использования или сдачи внаем контейнеров (включая трейлеры и принадлежащее к ним оборудование, предназначенное для контейнерного транспорта),

если такие виды деятельности относятся к эксплуатации морских или воздушных судов в международных перевозках.

(4) Если место фактического руководящего органа предприятия морского или внутреннего водного транспорта находится на борту судна, то оно считается расположенным в том Договаривающемся Государстве, в котором находится порт приписки судна, или, при отсутствии порта приписки, в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является лицо, эксплуатирующее данное судно.

(5) Положения пункта I настоящей статьи также распространяются на прибыль от участия в пуле, в совместной деятельности или в международном транспортном агентстве.

Статья 9 Ассоциированные предприятия

(1) В случае, если:

а) предприятие Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства или

б) один и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства,

и в указанных случаях оба предприятия в их коммерческих или финансовых отношениях обязаны соблюдать согласованные или возложенные на них условия, отличающиеся от тех, которые имели бы место между независимыми предприятиями, то прибыль, которая могла бы быть получена одним из предприятий без таких условий, но не была получена в силу этих условий, может быть отнесена к прибыли данного предприятия и соответственно обложена налогом.

(2) Если в Договаривающемся Государстве к прибыли предприятия этого Государства относятся и соответственно подлежат налогообложению суммы прибыли, в отношении которых предприятие другого Договаривающегося Государства подлежало налогообложению в этом другом Государстве, и если речь в отношении отнесенных сумм прибыли идет о суммах, которые могли бы быть получены предприятием первого упомянутого Государства при совпадении условий, согласованных между указанными предприятиями, с условиями, которые были бы согласованы между независимыми предприятиями, то другое Государство производит соответствующую поправку взимаемого в нем налога с таких сумм прибыли. При такой поправке должны быть соблюдены остальные положения настоящего Соглашения, в случае необходимости компетентные органы Договаривающихся Государств вступают во взаимные консультации.

Статья 10
Дивиденды

(1) Дивиденды, выплачиваемые компанией, являющейся резидентом Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве

(2) Указанные дивиденды могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором компания, выплачивающая дивиденды, является резидентом, в соответствии с его законодательством, если, однако, правообладатель дивидендов является резидентом другого Договаривающегося Государства, то налог не должен превышать

- а) 5 процентов от валовой суммы дивидендов, если правообладателем является компания (за исключением простого товарищества), которая непосредственно располагает не менее чем 10 процентами капитала выплачивающей дивиденды компании,
- б) 15 процентов от валовой суммы дивидендов во всех иных случаях

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении сумм прибыли, из которых выплачиваются дивиденды

(3) Употребляемый в настоящей статье термин «дивиденды» означает доходы по акциям, по правам или сертификатам на участие в прибыли, по акциям горнодобывающей промышленности, по учредительским паям или прочие доходы, которые по законодательству Государства, резидентом которого является компания, распределяющая прибыль, приравниваются в налоговом отношении к доходам по акциям, а также суммы прибыли, распределяемые по сертификатам паевого инвестиционного фонда

(4) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет коммерческую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, через расположеннное в нем постоянное учреждение, и долевое участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с таким постоянным учреждением. В таком случае применяются положения статьи 7 настоящего Соглашения.

(5) В случае, если компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, извлекает прибыль или доходы из другого Договаривающегося Государства, то это другое Государство не может ни облагать налогом дивиденды, выплачиваемые этой компанией, за исключением случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Государства или когда участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с расположенным в этом другом Государстве постоянным учреждением, ни облагать суммы прибыли такой компании налогом на нераспределенную прибыль, даже если выплаченные дивиденды или нераспределенная прибыль полностью или частично состоят из сумм прибыли или доходов, полученных в этом другом Государстве.

Статья 11

Проценты

(1) Проценты, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в этом другом Государстве, если указанный резидент является их правообладателем.

(2) Употребляемый в настоящей статье термин «проценты» означает доходы от долговых требований любого вида, включая и случаи, когда требования обеспечены залоговым правом на земельные участки, и, в частности, доходы по государственным займам и облигациям, включая связанные с ними премии, а также выигрыши по выигрышным займам. Пени за несвоевременную выплату не считаются процентами в понимании настоящей статьи.

(3) Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет коммерческую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором проценты возникли через расположение в нем постоянное учреждение, и долговое требование, по которому выплачиваются проценты, реально относится к такому постоянному учреждению. В таком случае применяются положения статьи 7 настоящего Соглашения.

(4) Проценты считаются возникшими в Договаривающемся Государстве тогда, когда их плательщик является резидентом этого Государства. Если, однако, плательщик процентов, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное учреждение, и если задолженность, по которой выплачиваются проценты, образовалась для нужд этого постоянного учреждения и если постоянное учреждение несет расходы по

выплате процентов, то проценты считаются возникшими в том Государстве, в котором расположено постоянное учреждение.

(5) Если вследствие особых отношений между плательщиком и правообладателем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма процентов относительно долгового требования, на основании которого она выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и правообладателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Статья 12 Лицензионные платежи

(1) Лицензионные платежи, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Указанные лицензионные платежи могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с его законодательством, если, однако, правообладатель лицензионных платежей является резидентом другого Государства, то налог не должен превышать 5 процентов от валовой суммы лицензионных платежей.

(3) Употребляемый в настоящей статье термин «лицензионные платежи» означает вознаграждения любого вида, которые выплачиваются за использование либо предоставление права использования авторских прав на произведения литературы, искусства или науки, включая кинематографические фильмы, патенты, торговые знаки, образцы или модели, схемы, секретные формулы или технологии, или за передачу информации, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта. Термин «лицензионные платежи» также включает вознаграждения любого вида за использование либо предоставление права использования имен, портретов либо иных аналогичных личных прав, а также выплаты за запись представлений артистов и спортсменов, произведенную радио- или телекомпаниями.

(4) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникли лицензионные платежи, коммерческую деятельность через расположение в нем постоянное учреждение, и

права или имущественные ценности, в отношении которых производятся лицензионные платежи, реально связаны с таким постоянным учреждением. В таком случае применяются положения статьи 7 настоящего Соглашения.

(5) Лицензионные платежи считаются возникшими в Договаривающемся Государстве тогда, когда их плательщик является резидентом этого Государства. Если, однако, плательщик лицензионных платежей, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное учреждение, и если обязательство выплачивать такие лицензионные платежи было принято для нужд этого постоянного учреждения и если постоянное учреждение несет расходы по выплате лицензионных платежей, то такие платежи считаются возникшими в том Государстве, в котором расположено постоянное учреждение

(6) Если вследствие особых отношений между плательщиком и правообладателем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма лицензионных платежей относительно объема услуг, лежащих в их основе, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и правообладателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения

Статья 13 Прибыль от отчуждения имущества

(1) Прибыль, получаемая резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, которое расположено в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Прибыль от отчуждения акций и прочих долей участия в компании, активы которой преимущественно, прямо или косвенно состоят из недвижимого имущества, расположенного в Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом Государстве.

(3) Прибыль от отчуждения движимого имущества, представляющего собой активы постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, включая такие суммы прибыли, которые извлекаются в связи с отчуждением такого постоянного учреждения (отдельно или

вместе с остальным предприятием), может облагаться налогом в этом другом Государстве.

(4) Прибыль от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международных перевозках, судов, предназначенных для внутреннего водного транспорта, а также движимого имущества, предназначенного для эксплуатации таких судов или воздушных судов, может облагаться налогом только в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического руководящего органа предприятия

(5) Прибыль от отчуждения имущества, не обозначенного в пунктах 1 - 4 настоящей статьи, может облагаться налогом только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является лицо, отчуждающее это имущество.

(6) Применительно к физическому лицу, являвшемуся резидентом Договаривающегося Государства на протяжении не менее пяти лет и ставшему резидентом другого Договаривающегося Государства, положения пункта 5 настоящей статьи не затрагивают права первого упомянутого Государства подвергать прирост имущества упомянутого лица в отношении долей участия в компаниях, являющихся резидентами первого упомянутого Договаривающегося Государства, налогообложению в соответствии с его национальными правовыми актами вплоть до момента смены лицом местожительства. В таком случае прирост имущества, обложенный налогом в первом упомянутом Государстве, не будет приниматься в учет другим Государством при исчислении последующего в дальнейшем прироста имущества

Статья 14 Доходы от работы по найму

(1) С учетом положений статей 15 - 18 настоящего Соглашения жалованье, заработка плата и аналогичные вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от работы по найму, могут облагаться налогом только в этом Государстве, если только работа не выполняется в другом Договаривающемся Государстве. Если работа выполняется в нем, то полученные в этой связи вознаграждения могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, осуществляющейся в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, если:

- a) получатель пребывает в другом Государстве в общей сложности не более чем 183 дня в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году, и**
- b) вознаграждения выплачиваются работодателем или от имени работодателя, который не является резидентом другого Государства, и**
- c) расходы по выплате вознаграждений не несет постоянное учреждение, которое работодатель имеет в другом Государстве**

(3) Положения пункта 2 настоящей статьи не применяются к вознаграждениям в связи с работой наемных работников в рамках коммерческой сдачи их в аренду.

(4) Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждения за работу по найму, которая осуществляется на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемого в международных перевозках, или на борту судна, предназначенного для внутреннего водного транспорта, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического руководящего органа предприятия, эксплуатирующего судно или воздушное судно.

Статья 15

Вознаграждения членам наблюдательных советов и советов директоров

Вознаграждения членам наблюдательных советов или советов директоров и аналогичные выплаты, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве члена наблюдательного совета или совета директоров компаний, являющейся резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

Статья 16

Артисты и спортсмены

(1) Несмотря на положения статей 7 и 14 настоящего Соглашения, доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве артиста-исполнителя, такого, как артиста театра, кино, радио и телевидения, или музыканта, а также в качестве спортсмена от его лично осуществляющей деятельности в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) В случае если доходы от осуществляющей лично артистом или спортсменом в таком своем качестве деятельности начисляются не самому артисту или спортсмену, а иному лицу, то эти доходы, несмотря на положения статей 7 и 14 настоящего Соглашения, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором артист или спортсмен осуществляет свою деятельность.

(3) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются к доходам от деятельности, осуществляющейся артистами или спортсменами в Договаривающемся Государстве, если их пребывание в этом Государстве полностью или преимущественно финансируется за счет государственных средств другого Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, либо организацией, признанной в этом другом Государстве общественно полезной (благотворительной). В таком случае доходы могут облагаться только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является артист или спортсмен.

Статья 17 Пенсии, ренты и аналогичные выплаты

(1) С учетом положений пункта 2 статьи 18 настоящего Соглашения пенсии и аналогичные вознаграждения или ренты, которые получает резидент Договаривающегося Государства из другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве.

(2) Выплаты, которые получает физическое лицо, являющееся резидентом Договаривающегося Государства, за счет обязательного социального страхования другого Договаривающегося Государства, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи могут облагаться налогом только в этом другом Государстве.

(3) Периодические и единовременные вознаграждения, которые выплачивает Договаривающееся Государство или одно из его административно-территориальных образований резиденту другого Договаривающегося Государства в возмещение ущерба, понесенного вследствие политического преследования, в возмещение противозаконности или ущерба вследствие военных действий (включая компенсационные выплаты и пособия), обязательной военной или альтернативной гражданской службы, преступления, прививки или аналогических событий, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи.

(4) Термин «рента» означает определенную сумму, которая регулярно выплачивается в установленные сроки, независимо или на протяжении определенного либо

определенного периода времени, на основании обязательства, предусматривающего эти выплаты в качестве возмещения за адекватную услугу, предоставленную деньгами или материальными ценностями.

(5) Выплаты индивидуальным лицам в качестве средств к существованию, включая алименты на детей, которые выплачиваются резидентом Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, освобождаются от налогообложения в этом другом Государстве. Настоящее положение не применяется, если эти выплаты в первом упомянутом Государстве подлежат вычету при исчислении совокупного налогооблагаемого дохода их плательщика; суммы, не облагаемые налогом в целях облегчения социального бремени, не считаются вычетом в понимании настоящего положения.

Статья 18
Государственная служба

(1)

- а) Жалование, заработная плата и аналогичные вознаграждения, за исключением пенсий, выплачиваемые Договаривающимся Государством, одной из его земель или одним из их административно-территориальных образований, либо иным юридическим лицом публично-правового статуса этого Государства физическому лицу за службу, осуществляющую для этого Государства, одной из его земель, одного из их административно-территориальных образований или иного юридического лица публично-правового статуса могут облагаться налогом только в этом Государстве
- б) Указанные вознаграждения могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если указанная служба осуществляется в этом другом Государстве и физическое лицо является резидентом данного Государства, а также:
 - аа) является национальным лицом данного Государства или
 - бб) стало резидентом данного Государства не только лишь в целях осуществления службы.

(2)

а) Пенсии, выплачиваемые Договаривающимся Государством, одной из его земель или одним из их административно-территориальных образований, либо иным юридическим лицом публично-правового статуса этого Государства или за счет фонда, созданного этим Государством, одной из его земель или одним из их административно-территориальных образований либо иным юридическим лицом публично-правового статуса, физическому лицу за службу, осуществленную для этого Государства, одной из его земель, одного из их административно-территориальных образований или иного юридического лица публично-правового статуса, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

б) Указанные пенсии могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и национальным лицом этого другого Государства

(3) В отношении вознаграждений и пенсий за услуги, оказываемые в связи с предпринимательской деятельностью Договаривающегося Государства, одной из его земель, одного из их административно-территориальных образований или иного юридического лица публично-правового статуса, применяются положения статьи 14, 15, 16 или 17 настоящего Соглашения

(4) Положения пункта 1 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым в рамках программы технической помощи Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований за счет средств, выделяемых исключительно этим Государством, этой землей или этим административно-территориальным образованием, специалистам или добровольным помощникам, направленным в другое Договаривающееся Государство с его согласия.

(5) Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым со стороны или от имени Института Гете - Интер Национес или Германской службы академических обменов Федеративной Республики Германия. Компетентные органы по взаимному согласию могут договориться о применении соответствующего подхода к вознаграждениям иных аналогичных учреждений Договаривающихся Государств. Если указанные вознаграждения не облагаются налогом в государстве-учредителе учреждения, то действуют положения статьи 14 настоящего Соглашения.

Статья 19
Преподаватели, учителя и студенты

- (1) Физическое лицо, находящееся по приглашению Договаривающегося Государства или университета, высшего учебного заведения, школы, музея или какого-либо иного учреждения культуры этого Договаривающегося Государства, или в рамках официального культурного обмена в этом Договаривающемся Государстве не более двух лет исключительно с целью осуществления преподавательской деятельности, чтения лекций или осуществления исследовательской деятельности в указанном учреждении и являющееся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшееся таковым, освобождается от налогообложения в этом первом Государстве в отношении полученных за указанную деятельность вознаграждений при условии, что данные вознаграждения получены из источников за пределами этого Государства.
- (2) Выплаты, предназначенные для проживания, учебы или подготовки, которые получает студент, практикант или учащийся, находящийся в Договаривающемся Государстве исключительно с целью учебы или подготовки и являющийся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшийся таковым, не подлежат налогообложению в первом упомянутом Государстве, если источники этих выплат находятся за пределами этого Государства.

Статья 20
Иные доходы

- (1) Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства, которые ис рассматривались в предыдущих статьях настоящего Соглашения, независимо от их происхождения могут облагаться налогом только в этом Государстве.
- (2) Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются к доходам, иным, чем доходы от недвижимого имущества, если получатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве коммерческую деятельность через расположение в нем постоянное учреждение, и права или имущественные ценности, в отношении которых выплачиваются эти доходы, реально связаны с таким постоянным учреждением. В таком случае применяются положения статьи 7 настоящего Соглашения.

Статья 21
Имущество

- (1) Недвижимое имущество, принадлежащее резиденту Договаривающегося Государства и расположено в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.
- (2) Движимое имущество, представляющее собой активы постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.
- (3) Морские или воздушные суда, эксплуатируемые в международных перевозках, а также движимое имущество, предназначенное для эксплуатации таких морских или воздушных судов, могут подлежать налогообложению только в том Договаривающемся Государстве, в котором находится место фактического руководящего органа предприятия
- (4) Все иные элементы имущества резидента Договаривающегося Государства могут облагаться налогом только в этом Государстве

Статья 22
Устранение двойного налогообложения в государстве резидентства

- (1) Применительно к резиденту Республики Таджикистан налоги устанавливаются следующим образом:

Если резидент Республики Таджикистан получает доход или владеет имуществом, которые в соответствии с положениями настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, то Республика Таджикистан позволит:

- a) вычесть из налога на доход этого резидента сумму, равную налогу на доход, уплаченному в Федеративной Республике Германия,
- b) вычесть из налога на имущество этого резидента сумму, равную налогу на имущество, уплаченному в Федеративной Республике Германия.

Эти вычеты в любом случае не должны превышать часть налога на доход или имущество, которая была исчислена до предоставления вычета, относящегося к

доходам или имущественным ценностям, которые могут облагаться налогом в Федеративной Республики Германия в соответствии с ее законодательством.

Если согласно положениям настоящего Соглашения доходы или имущественные ценности резидента Республики Таджикистан освобождаются от таджикских налогов, то Республика Таджикистан может тем не менее при подсчете суммы налога на остальную часть дохода или имущества этого резидента принимать во внимание освобожденные от налога доходы или имущественные ценности.

(2) Применительно к резиденту Федеративной Республики Германия налоги устанавливаются следующим образом:

- a) Из налоговой базы германских налогов исключаются доходы из Республики Таджикистан, а также расположенные в Республике Таджикистан имущественные ценности, которые в соответствии с настоящим Соглашением могут облагаться налогом в Республике Таджикистан и не подпадают под действие подпункта b) настоящего пункта

Применительно к доходам от дивидендов предыдущие положения применяются только в случае, если эти дивиденды выплачиваются компанией (за исключением простого товарищества), являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, компанией, являющейся резидентом Республики Таджикистан, капитал которой принадлежит не менее чем на 10 процентов непосредственно германской компании, и если они не были вычтены при исчислении прибыли компании, выплачивающей дивиденды

Для целей налогообложения имущества из налоговой базы германских налогов исключаются также долевые участия, дивиденды по которым, если бы они выплачивались, подлежали бы исключению из налоговой базы согласно положениям предыдущих частей настоящего подпункта.

- b) С учетом положений германского налогового законодательства о производстве зачета иностранных налогов при обложении германскими налогами, взимаемыми с дохода, применительно к инженерным доходам производится зачет таджикских налогов, уплаченных по этим доходам согласно законодательству Республики Таджикистан и в соответствии с настоящим Соглашением:

- aa) дивидендам, не подпадающим под действие подпункта a) настоящего пункта;
 - bb) лицензионным платежам;

- cc) доходам, которые согласно пункту 2 статьи 13 настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Республике Таджикистан,
 - dd) доходам, которые согласно пункту 3 статьи 14 настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Республике Таджикистан,
 - ee) вознаграждениям членам наблюдательных советов и советов директоров,
 - ff) доходам в понимании статьи 16 настоящего Соглашения
- c) В отношении доходов в понимании статей 7 и 10 настоящего Соглашения и имущественных ценностей, лежащих в их основе, вместо положений подпункта а) настоящего пункта применяются положения подпункта б) настоящего пункта, если резидент Федеративной Республики Германия не представляет подтверждения о том, что постоянное учреждение в хозяйственном (отчетном) году, в котором оно извлекло прибыль, или компания, являющаяся резидентом Республики Таджикистан, в хозяйственном (отчетном) году, в счет которого она распределила прибыль, получали свой валовой доход исключительно или почти исключительно от видов деятельности, подпадающих под действие номеров 1 - 6 пункта I параграфа 8 Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах; то же положение действует в отношении недвижимого имущества, предназначенного для нужд постоянного учреждения, и доходов, извлеченных из него (пункт 4 статьи 6 настоящего Соглашения), а также в отношении сумм прибыли от отчуждения данного недвижимого имущества (пункт 1 статьи 13 настоящего Соглашения) и движимого имущества, представляющего собой активы постоянного учреждения (пункт 3 статьи 13 настоящего Соглашения).
- d) Федеративная Республика Германия оставляет, однако, за собой право учитывать доходы или имущественные ценности, изъятые из обложения германскими налогами, при установлении налоговой ставки, применяемой в Федеративной Республике Германия.
- e) Несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, двойное налогообложение устраивается посредством налогового зачета в соответствии с подпунктом б) настоящего пункта,
- aa) если в Договаривающихся Государствах доходы или имущество относятся к разным положениям настоящего Соглашения или причисляются разным лицам (кроме случаев согласно статье 9 настоящего Соглашения) и этот конфликт нельзя урегулировать процедурой в соответствии с положениями пункта 3 статьи 24 настоящего Соглашения, и когда ввиду такого различного

отнесения или причисления соответствующие доходы или имущественные ценности не были бы подвергнуты налогообложению или были бы подвергнуты меньшему налогообложению, чем при отсутствии такого конфликта, либо

- бб) если Федеративная Республика Германия после консультаций уведомляет по дипломатическим каналам об иных доходах, к которым она предполагает применять метод налогового зачета согласно подпункту б). Двойное налогообложение в отношении указанных доходов устраняется путем метода налогового зачета согласно подпункту б) с первого для календарного года, следующего за календарным годом, в котором было передано уведомление.

Статья 23 Недопущение налоговой дискриминации

(1) Национальные лица Договаривающегося Государства не могут подвергаться в другом Договаривающемся Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица этого другого Государства при тех же обстоятельствах, в частности, резидентства. Несмотря на положения статьи 1 настоящего Соглашения, данное положение применяется также к лицам, не являющимся резидентами ни одного из Договаривающихся Государств.

(2) Лица без гражданства, являющиеся резидентами Договаривающегося Государства, не могут подвергаться ни в одном из Договаривающихся Государств налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица соответствующего Государства при тех же обстоятельствах.

(3) Налогообложение в отношении постоянного учреждения, которое имеет предприятие Договаривающегося Государства в другом Договаривающем Государстве, в этом другом Государстве не может быть менее благоприятным, чем налогообложение в отношении предприятий этого другого Государства, осуществляющих ту же деятельность. Данное положение не должно истолковываться как обязывающее Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства не облагаемые налогом суммы, налоговые льготы или скидки, которые оно предоставляет только своим резидентам.

(4) В случаях, когда не подлежат применению положения пункта 1 статьи 9, пункта 5 статьи 11 или пункта 6 статьи 12 настоящего Соглашения, проценты, лицензионные платежи и иные выплаты, которые производит предприятие Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемой прибыли этого предприятия на таких же условиях, как платежи, предназначенные резиденту первого упомянутого Государства. Соответственно долги, которые предприятие Договаривающегося Государства имеет по отношению к резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемого имущества этого предприятия на тех же условиях, как долги перед резидентом первого упомянутого Государства.

(5) Предприятия Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично, прямо или косвенно принадлежит резиденту другого Договаривающегося Государства или нескольким таким лицам, или контролируется ими, не могут подвергаться в первом упомянутом Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться аналогичные предприятия первого упомянутого Государства.

(6) Несмотря на статью 2 настоящего Соглашения, положения настоящей статьи применяются к налогам любого вида и наименования.

Статья 24 Процедура взаимного согласования

(1) Если лицо считает, что действия Договаривающегося Государства или обоих из них приводят или приведут к налогообложению по отношению к нему, которое не соответствует настоящему Соглашению, то оно может, без ущерба для правовых средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить заявление по своему делу для рассмотрения компетентному органу того Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, а в случае, если его дело подпадает под действие пункта 1 статьи 23 настоящего Соглашения, компетентному органу того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление по делу должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о действии, приведшем к налогообложению, которое не соответствует положениям настоящего Соглашения.

(2) Если указанный компетентный орган сочтет возражение обоснованным и сам не в состоянии принять к удовлетворительному решению, то он будет стремиться урегулировать дело путем согласования с компетентным органом другого

Договаривающегося Государства таким образом, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению Достигнутое путем согласования урегулирование должно выполняться, несмотря на сроки, установленные национальным законодательством Договаривающихся Государств

(3) Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться устраивать по взаимному согласию трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении настоящего Соглашения. Они могут также консультироваться о том, как избежание двойного налогообложения может быть достигнуто в случаях, которые не рассматриваются настоящим Соглашением

(4) Компетентные органы Договаривающихся Государств в целях достижения согласия в соответствии с вышеизложенными положениями настоящей статьи могут вступать в непосредственные взаимные контакты, по необходимости, в рамках совместной комиссии в составе упомянутых органов или их представителей

Статья 25 **Обмен информацией**

(1) Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются той информацией, которая необходима для осуществления настоящего Соглашения или национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов любого вида или наименования, взимаемых от имени Договаривающегося Государства, одной из его земель или одного из их административно-территориальных образований, если только вытекающее из этого законодательства налогообложение не противоречит настоящему Соглашению Обмен информации не ограничивается положениями статей 1 и 2 настоящего Соглашения. Любая полученная Договаривающимся Государством информация должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные органы), которые запрещается начислением или взиманием налогов, приведенным взысканием или уголовным преследованием, либо принятием решений по возражениям и жалобам в отношении налогов, упомянутых в предложении первом настоящего пункта. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать данную информацию в ходе открытых судебных заседаний или в судебных решениях.

(2) Положения пункта 1 настоящей статьи не должны истолковываться как обязывающие Договаривающееся Государство:

- а) проводить в целях предоставления информации административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- б) предоставлять информацию, которая в соответствии с законами или имеющейся административной практикой этого или другого Договаривающегося Государства не может быть получена;
- с) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, промышленную, предпринимательскую или профессиональную тайну либо деловую процедуру, или предоставление которой противоречило бы государственной политике (общественному порядку).

Статья 26 Положения по налогообложению у источника

- (1) Если в Договаривающемся Государстве налоги с дивидендов, процентов, лицензионных платежей или иных доходов, получаемых резидентом другого Договаривающегося Государства, взимаются путем удержания, то право первого упомянутого Государства на производство удержания налога по ставке согласно его национальному законодательству настоящим Соглашением не затрагивается. Налог, взимаемый путем удержания, по заявлению налогоплательщика подлежит возврату тогда и иостольку, когда и поскольку он в силу настоящего Соглашения уменьшается либо отпадает.
- (2) Заявления на налоговый возврат подаются до истечения четвертого года, следующего за календарным годом, в котором устанавливаются налоги, удерживаемые у источника с дивидендов, процентов, лицензионных платежей или иных доходов.
- (3) Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, каждое Договаривающееся Государство будет создавать процедуры по производству выплаты доходов, которые согласно настоящему Соглашению в государстве-источнике доходов не подлежат налогообложению или подлежат уменьшенному налогообложению, без удержания налога или с удержанием лишь налога, предусмотренного в соответствующей статье настоящего Соглашения.
- (4) Договаривающееся Государство, в котором возникли доходы, может потребовать подтверждения компетентного органа о резидентстве в другом Договаривающемся Государстве.

(5) Компетентные органы по взаимному согласию могут урегулировать осуществление настоящей статьи и, по необходимости, устанавливать иные процедуры по реализации налоговых снижений или освобождений, предусмотренных настоящим Соглашением.

Статья 27 Применение Соглашения в особых случаях

Настоящее Соглашение нельзя истолковывать, будто оно препятствует применению Договаривающимся Государством его национальных правовых актов по предотвращению ухода от налогообложения или уклонения от уплаты налогов. Если предыдущее положение ведет к двойному налогообложению, то компетентные органы в соответствии с положениями пункта 3 статьи 24 настоящего Соглашения вступают во взаимные консультации о методах избежания такого двойного налогообложения.

Статья 28 Сотрудники дипломатических представительств и работники консульских учреждений

(1) Положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий, предоставляемых сотрудникам дипломатических представительств и работникам консульских учреждений в соответствии с общими нормами международного права или на основании специальных соглашений.

(2) Несмотря на положения статьи 4 настоящего Соглашения, физическое лицо, являющееся сотрудником дипломатического представительства или работником консульского учреждения Договаривающегося Государства, расположенного в другом Договаривающемся Государстве или в третьем Государстве, считается резидентом аккредитующего Государства, если оно

a) согласно международному праву в Государстве пребывания не подлежит налогообложению в отношении доходов из источников за пределами этого Государства или имущества, расположенного за пределами этого Государства, и

b) в аккредитующем Государстве подвергается тем же обязанностям в отношении налогообложения его совокупного дохода или имущества, как лица, являющиеся резидентами этого Государства.

Статья 29

Протокол

Прилагаемый Протокол является неотъемлемой частью настоящего Соглашения.

Статья 30

Вступление в силу

(1) Настоящее Соглашение подлежит ратификации, обмен ратификационными грамотами состоится в возможно короткие сроки

(2) Настоящее Соглашение вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами, и его положения будут применяться в обоих Договаривающихся Государствах:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов - к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу,**
- b) в отношении прочих налогов - к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу**

(3) С вступлением настоящего Соглашения в силу Соглашение Федеративной Республики Германии и Союза Советских Социалистических Республик об избежании двойного налогообложения доходов и имущества, подписанное 24 ноября 1981 года, в отношениях между Федеративной Республикой Германия и Республикой Таджикистан утрачивает силу и перестает применяться

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов - к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступило в силу;**
- b) в отношении прочих налогов - к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступило в силу.**

Статья 31
Прекращение действия

Настоящее Соглашение заключается на неопределенный срок, однако каждое из Договаривающихся Государств после истечения пяти лет с даты вступления настоящего Соглашения в силу может денонсировать его путем письменного уведомления другого Договаривающегося Государства по дипломатическим каналам не позднее чем до 30 июня любого календарного года; в таком случае настоящее Соглашение не подлежит дальнейшему применению.

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов - к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения;
- b) в отношении прочих налогов - к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения

Совершено в г. Берлине 27 марта 2003 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу

За
Федеративную Республику Германия



За
Республику Таджикистан



**Протокол
к
Соглашению
между
Федеративной Республикой Германия
и
Республикой Таджикистан
об
избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество
от 27 марта 2003 года**

В связи с подписанием Соглашения между Федеративной Республикой Германия и Республикой Таджикистан об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество должным образом уполномоченные на то подписавшиеся лица согласовали нижеследующие положения, являющиеся неотъемлемой частью Соглашения

I. К статье 7

- a) Если предприятие Договаривающегося Государства продает изделия или товары через постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве или осуществляет в нем коммерческую деятельность, то суммы прибыли данного постоянного учреждения исчисляются не на основе выручкой предпринятием при этом совокупной суммы, а лишь на основе той суммы, которая может быть отнесена к фактической продажной или коммерческой деятельности постоянного учреждения.**
- b) Если предприятие имеет постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве, то суммы прибыли данного постоянного учреждения, полученные либо в связи с контрактами, в частности, о проектировании, поставке, монтаже**

или строительстве промышленного, коммерческого или научного оборудования или объекта, либо в связи с государственными заказами, исчисляются не на основе совокупной цены контракта, а лишь на основе той части контракта, которая фактически выполняется постоянным учреждением в том Договаривающемся Государстве, в котором оно расположено. Суммы прибыли от поставки товаров постоянному учреждению или суммы прибыли в связи с той частью контракта, которая выполняется в том Договаривающемся Государстве, в котором находится местонахождение головного подразделения предприятия, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

- с) Вознаграждения за технические услуги, включая аналитические разработки или проекты научного, геологического либо технического характера, за контракты о конструкции, включая принадлежащие к ним чертежи, или за деятельность по консультированию или надзору (мониторингу) считаются вознаграждениями, к которым применяются положения статьи 7 Соглашения

2. К статьям 10 и 11

Несмотря на положения статей 10 и 11 Соглашения, дивиденды и проценты могут облагаться налогом в Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с законодательством этого Государства, если они:

- а) основаны на правах или долговых требованиях, предусматривающих участие в прибыли, включая доходы негласного участника, получаемые им от своего долевого участия в качестве негласного участника, доходы от кредитов (займов), наделенных правом на участие в прибыли, а также от облигаций с правом на участие в прибыли в понимании налогового законодательства Федеративной Республики Германия, и
- б) подлежат вычету при исчислении прибыли плательщика сумм дивидендов или процентов.

3. К статье 25

Если в соответствии с национальным законодательством на основании Соглашения передаются сведения, касающиеся физических лиц, то с учетом правовых актов каждого Договаривающегося Государства дополнительно действуют следующие положения:

- a) Использование сведений принимающим учреждением допускается только в указанных целях и только в соответствии с условиями, предусмотренными передающим учреждением.
- b) Принимающее учреждение ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе об использовании переданных сведений и полученных с их помощью результатах.
- c) Сведения, касающиеся физических лиц, могут быть переданы только в компетентные учреждения. Их последующая передача другим учреждениям может происходить только с предварительного согласия передающего учреждения.
- d) Передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений, а также за их необходимостью и адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. При этом следует учитывать действующие в рамках национального законодательства запреты на передачу сведений. Если оказывается, что были переданы недостоверные сведения или сведения, не подлежащие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить принимающее учреждение. Оно обязано производить их исправление или уничтожение.
- e) По заявлению заинтересованного лица ему выдается справка о передаче касающихся его сведений, а также о предполагаемых целях их использования. Выдача справки не является обязательной, если анализ показывает, что государственная заинтересованность отказывать в выдаче справки превалирует над заинтересованностью упомянутого лица в ее получении. В остальном права заинтересованного лица на получение справки об имеющихся о нем сведениях регулируются национальным законодательством того Договаривающегося Государства, на территории которого запрашивается справка.
- f) Если кому-либо противоправно причиняется ущерб вследствие передачи сведений в рамках обмена информацией по Соглашению, ответственность перед ним в этой связи несет принимающее учреждение в соответствии с его национальным законодательством. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица ссылаться в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим сведения учреждением.
- g) Если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это принимающему учреждению. Независимо от этого законодательства, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат

уничтожению, если они больше не требуются для целей, для которых они были переданы.

- h) Передающее и принимающее учреждения обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.
- i) Передающее и принимающее учреждения обязаны действенно охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF TAJIKISTAN FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL

The Federal Republic of Germany and the Republic of Tajikistan,

Desiring to promote the development of mutual economic relations by removing tax obstacles,

Have agreed as follows:

Article 1. Personal scope

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both Contracting States.

Article 2. Taxes covered

(1) This Agreement shall apply to taxes imposed on income and capital on behalf of the Contracting State, one of its lands, or one of its administrative-territorial entities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) Any taxes imposed on total income, total capital or elements of income or capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property and taxes on total wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital gains, shall be regarded as taxes on income and capital.

(3) The taxes existing at this time to which this Agreement shall extend are, in particular:

a) in the Republic of Tajikistan:

the tax on income (profits) of legal persons;

the personal income tax;

the tax on the property of legal persons and individuals;

(hereinafter referred to as "Tajik taxes").

b) in the Federal Republic of Germany:

the personal income tax;

the corporation tax;

the trade tax;

the capital tax;

including tax surcharges for them;

(hereinafter referred to as "German taxes").

(4) This Agreement shall apply to any similar or essentially comparable taxes that are imposed after the signing of this Agreement to supplement or replace existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantive changes made to their tax laws.

Article 3. General definitions

(1) For purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the terms "Contracting State" and "other Contracting State" mean the territory of those States, as well as the sea bed and its subsoil beneath the territorial sea and the waters above them, in which either State exercises sovereign rights and jurisdiction under international law and domestic law for purposes of exploring for, developing, or conserving natural resources both living and nonliving, as well as for purposes of managing them;
- b) the term "person" means an individual, a company or any other body of persons;
- c) the term "company" means a legal person or legal entity that, for tax purposes, is regarded as a legal person;
- d) the term "enterprise" means the performance of commercial activities;
- e) the term "commercial activities" also includes the performance of activities involving the provision of independent professional services or other activities of an independent nature;
- f) the terms "enterprise of the Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean, respectively, an enterprise controlled by a person that is a resident of the Contracting State and an enterprise controlled by a person that is a resident of the other Contracting State;
- g) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise whose effective management is situated in a Contracting State, except in cases in which the ship or aircraft is operated exclusively between points in the other Contracting State;
- h) the term "national" means:
 - (i) in relation to the Republic of Tajikistan:
any individual possessing the nationality of the Republic of Tajikistan, as well as any legal person, simple partnership or other body of persons established under prevailing Republic of Tajikistan law;
 - (ii) in relation to the Federal Republic of Germany:
any German as defined in the Basic Law for the Federal Republic of Germany, as well as any legal person, simple partnership or other body of persons established under prevailing Federal Republic of Germany law;
- i) the term "competent authority" means:
 - (i) in relation to the Republic of Tajikistan, the Ministry of Finance and the individuals it authorizes or an agency to which it assigns its authority;
 - (ii) in relation to the Federal Republic of Germany, the ministry of finance or an agency to which it assigns its authority.

(2) Unless context otherwise requires, in the application of this Agreement by a Contracting State, any term not defined in the Agreement shall have the meaning that, during the term of the Agreement, is assigned to it by the tax laws of that State to which this Agreement applies, and the meaning under the tax law employed in that State shall override any meaning that the term may have in another legal field of that State.

Article 4. Resident

(1) For purposes of this Agreement, the term "resident of the Contracting State" shall mean any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management, or any other criterion of a similar nature, including the State itself, its lands, and their administrative-territorial entities. This term, however, shall not apply to any person who is liable to tax in that State in respect solely of income from sources in that State or in respect of capital situated in that State.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 of this article, an individual is a resident of both Contracting States, the following provisions shall apply:

a) The person shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home; if he has a permanent home in both States, he shall be deemed to be a resident of only the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

b) If the State in which the person has his centre of vital interests cannot be determined or if the person does not have a permanent home in either of the States, he shall be deemed to be a resident of only the State in which he has an habitual abode;

c) If the person has an habitual abode in both States or if he has an habitual abode in neither of them, he shall be deemed to be a resident of only the State of which he is a national;

d) If the person is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 of this article, a person other than an individual is a resident of both Contracting States, the person shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated.

(4) A simple partnership shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated. The restrictions with respect to the other Contracting State's right to tax that are stated in articles 6 through 21 of this Agreement shall apply, but only insofar as the simple partnership's income from that other State and its capital located therein are liable to tax in the first State.

Article 5. Permanent establishment

(1) For purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

a) A place of management;

- b) A branch;
- c) An office;
- d) A factory;
- e) A workshop;
- f) A mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or installation project shall be a permanent establishment solely if it lasts for more than 12 months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this article, the following shall be deemed not to be a permanent establishment:

- a) Facilities used solely for the purpose of storage, display or delivery of merchandise or goods belonging to the enterprise;
- b) Stocks of merchandise or goods that belong to the enterprise and that are maintained solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) Stocks of merchandise or goods that belong to the enterprise and that are maintained solely for the purpose of processing or refining by another enterprise;
- d) A fixed place of business that is maintained solely for the purpose of purchasing merchandise or goods, or of collecting information, for the enterprise;
- e) A fixed place of business that is maintained solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other types of activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) A fixed place of business that is maintained solely for the purpose of carrying on the types of activity enumerated in subparagraphs a) through e) of this paragraph, provided that the overall activity of that fixed place of business resulting from the combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) If a person other than the independent agent indicated in paragraph 6 of this article acts on behalf of an enterprise and has in the Contracting State the authority to conclude contracts on behalf of the enterprise and habitually exercises that authority in the State, that enterprise, notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2 of this article, shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities that that person undertakes for the enterprise, unless those activities are limited to the types mentioned in paragraph 4 of this article and, if exercised through a fixed place of business, would not make that fixed place of business a permanent establishment of the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in the State through a broker, general commission agent or other independent agent, provided that such persons are acting in the ordinary course of their commercial activities.

(7) The fact that a company that is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company that is a resident of the other Contracting State or that carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise) shall not of itself make either company a permanent establishment of the other.

Article 6. Income from immovable property

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agricultural or forestry enterprises) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning that it has under the law of the Contracting State in which the property is situated. The term shall, in any case, include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of law on landed property apply, rights of use of immovable property and rights to variable or fixed payments as compensation for developing, or the right to develop, mineral resources, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 of this article shall apply to income from the direct use of immovable property and its rental or leasing, as well as from the use of immovable property in any other form.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 of this article shall also apply to income from the immovable property of an enterprise.

Article 7. Business profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State may be taxed in that State only, unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as indicated, its profits may be taxed in the other State, but only insofar as the profits are attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3 of this article, if an enterprise of a Contracting State carries on its business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall, in each Contracting State, be attributed to that permanent establishment the amounts of profit that it might be expected to make if it were engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions as an independent enterprise acting wholly independently of the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In the determination of the profits of a permanent establishment, expenses incurred for the needs of the permanent establishment may be deducted, including management and general administrative expenses, regardless of whether they arose in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) If it is customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment by means of an apportionment of the total profits of the enterprise to its individual subdivisions, no provisions in paragraph 2 of this article shall preclude the Contracting State from determining the profits to be taxed in accordance with the customary method of apportionment; the method selected for the apportionment, however, must be such that its result conforms to the principles of this article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by the permanent establishment of merchandise or goods for the enterprise.

(6) In the application of the preceding paragraphs of this article, the profits attributed to a permanent establishment must be determined by the same method each year, unless there are sufficiently good reasons to do otherwise.

(7) The provisions of this article shall also apply to income derived from participation in a simple partnership. The article shall also extend to emoluments paid to a participant of the simple partnership by that partnership for the participant's activities carried out in the interests of the partnership and for the extension of credits (loans) or the transfer of economic assets if such emoluments, under the tax law of the Contracting State in which the permanent establishment is situated, are attributed to income received by the participant from that permanent establishment.

(8) If profits include income dealt with in other articles of this Agreement, the provisions of those other articles shall not be affected by the provisions of this article.

Article 8. Maritime, inland water, and air transport

(1) Profits derived from the use of ships and aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of the effective management of the enterprise is situated.

(2) Profits derived from the use of ships intended for inland water transport shall be taxable only in the Contracting State in which the place of the effective management of the enterprise is situated.

(3) For purposes of this article, the term "profits derived from the operation of ships or aircraft in international traffic" shall also include profits derived from:

- a) the irregular bareboat rental of ships or aircraft
- b) the use or rental of containers (including trailers and equipment belonging to the trailers that is intended for container transport)
if such types of activity pertain to the operation of ships or aircraft in international traffic.

(4) If the place of effective management of a maritime or inland water transport enterprise is situated aboard a ship, it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the ship's home port is situated or, in the absence of a home port, in the Contracting State of which the person operating the ship is a resident.

(5) The provisions of paragraph 1 of this article shall also apply to profits from participation in a pool, a joint venture, or an international transport agency.

Article 9. Associated enterprises

- (1) Where
 - a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
 - b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in such cases both enterprises in their commercial or financial relations are obliged to observe conditions that are agreed to or are imposed on them and that differ from those that would exist between independent enterprises, the profits that could have been derived by one of the enterprises in the absence of such conditions, but, because of the conditions, were not derived may be regarded as profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) If, in a Contracting State, profits for which an enterprise of the other Contracting State have been taxed in that other State are regarded as profits of an enterprise of the first State and, accordingly, are subject to tax and if the attributed profits involve amounts that could have been derived by the enterprise of the first-mentioned State and the conditions agreed to between the enterprises coincide with conditions that would have been agreed to between independent enterprises, the other State shall make the appropriate adjustment of the tax it levies on those profits. Notwithstanding such an adjustment, the rest of the provisions of this Agreement must be observed; if necessary, the competent authorities of the Contracting States shall consult each other.

Article 10. Dividends

(1) Dividends paid by a company that is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Such dividends, however, may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, in accordance with the laws of the State; if, however, the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax must not exceed:

a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a simple partnership) that holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;

b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

The provisions of this paragraph shall not affect the taxation of the company with respect to profits from which dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this article means income from shares, from rights or certificates to participate in profits, from mining shares or from founders' shares or other income that, under the laws of the State of which the company distributing the profits is a resident, is equivalent in tax terms to income from shares, as well as profits distributed on the basis of investment fund share certificates.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this article shall not apply if the beneficial owner, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein and the share participation for which the dividends are being paid is effectively connected with that permanent establishment. In such a case, the provisions of article 7 of this Agreement shall apply.

(5) If a company that is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, the other Contracting State may not impose a tax on the dividends paid by that company, except in cases in which such dividends are paid to a resident

of that other State or in which participation for which dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, or impose an undistributed profits tax on the profits of that company, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income derived in that other State.

Article 11. Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed solely in that other State if the resident is the beneficial owner of the interest.

(2) The term "interest" as used in this article means income from debt-claims of any kind, including cases in which claims are secured by a lien on land, and, in particular, income from government loans and bonds, including premiums attached to them, as well as lottery loan awards. Penalties for late payment shall not be regarded as interest as defined in this article.

(3) The provisions of paragraph 1 of this article shall not apply if the beneficial owner, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein and the debt-claim on which the interest is being paid is effectively attributed to the permanent establishment. In such a case, the provisions of article 7 of this Agreement shall apply.

(4) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. If, however, the payer, regardless of whether he is a resident of the Contracting State or not, has in the Contracting State a permanent establishment and if the indebtedness on which the interest is paid was incurred for the needs of the permanent establishment and if the permanent establishment incurs expenses in paying the interest, the interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

(5) If, by reason of special relations between the payer and the beneficial owner or between each of them and some third person, the amount of the interest on the debt-claim on the basis of which the interest is paid exceeds the amount that would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationships, the provisions of this article shall apply to only the last-mentioned amount. In such a case, the excess amount may be subject to tax under the laws of each of the Contracting States and under other provisions of this Agreement.

Article 12. Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Such royalties, however, may also be taxed in the Contracting State in which they arise in accordance with the laws of that State; if, however, the beneficial owner of the royalties is a resident of the other State, the tax shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties.

(3) The term "royalties" as used in this article means payments of any kind that are made for the use of or the right to use copyrights of literary, artistic or scientific work, including cinematograph films, patents, trademarks, designs or models, plans, secret formulas or processes or for information concerning industrial, commercial or scientific experience. The term "royalties" also includes payments of any kind that are made for the use of or the right to use the names, portraits or other such personal rights, as well as payments for radio or television recordings that are made of performances of artistes or sportsmen.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this article shall not apply if the beneficial owner, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein and the rights or property for which the royalties are paid are effectively connected with the permanent establishment. In such a case, the provisions of article 7 of this Agreement shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. If, however, the royalty payer, regardless of whether he is a resident of the Contracting State or not, has in the Contracting State a permanent establishment and if the obligation to pay such royalties was accepted for the needs of the permanent establishment and if the permanent establishment incurs expenses in paying the royalties, the royalty payments shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

(6) If, by reason of special relations between the payer and the beneficial owner or between each of them and some third person, the amount of the royalties with respect to volume of services underlying them exceeds the amount that would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationships, the provisions of this article shall apply to only the last-mentioned amount. In such a case, the excess amount may be subject to tax under the laws of each of the Contracting States and under other provisions of this Agreement.

Article 13. Profits from alienation of property

(1) Profits derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property that is situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Profits from the alienation of stocks and other shares in the participation of a company whose assets, directly or indirectly, consist primarily of immovable property situated in a Contracting State may be taxed in that State.

(3) Profits from the alienation of movable property that is an asset of a permanent establishment that an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including profits that are taken in connection with the alienation of that permanent establishment (separately or together with the rest of the enterprise), may be taxed in that other State.

(4) Profits from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic and ships intended for inland water transport, as well as movable property intended for the op-

eration of such ships or aircraft, may be taxed in only the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(5) Profits from the alienation of property not designated in paragraphs 1 through 4 of this article may be taxed in only the Contracting State of which the person alienating the property is a resident.

(6) With respect to an individual who was a resident of a Contracting State for at least five years and has become a resident of the other Contracting State, the provisions of paragraph 5 of this article shall not affect the right of the first-mentioned State to subject the capital gains of the aforementioned individual in respect of shares of participation in companies that are residents of the first-mentioned Contracting State to taxation in accordance with its domestic legal acts until the individual has changed his place of residence. In such a case, the capital gains taxed in the first-mentioned State shall not be taken into account by the other State in the determination of subsequent capital gains.

Article 14. Income from work for hire

(1) Subject to the provisions of articles 15 through 18 of this Agreement, salaries, wages and other such remuneration received by a resident of a Contracting State for work done for hire may be taxed in that State only, unless the work is done in the other Contracting State. If the work is done in that other State, the remuneration received in connection with it may be taxed in that State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article, remuneration received by a resident of a Contracting State for work that was done for hire in the other Contracting State may be taxed in only the first-mentioned State if:

a) the recipient is present in the other State for a total of no more than 183 days in any 12-month period beginning or ending in the relevant tax year, and

b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

c) the expenses incurred in the payment of the remuneration are not borne by the permanent establishment that the employer has in the other State.

(3) The provisions of paragraph 2 of this article shall not apply to remuneration for work done by hired individuals whose services are commercially leased out.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this article, remuneration for work done for hire aboard a ship or aircraft operated in international traffic or aboard a ship intended for inland water transport may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise operating the ship or aircraft is situated.

Article 15. Fees for members of supervisory boards and boards of directors

Fees for members of supervisory boards or boards of directors and other such payments received by a resident of a Contracting State who is serving in the capacity of a member of a supervisory board or board of directors of a company that is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 16. Artistes and Sportsmen

(1) Notwithstanding the provisions of articles 7 and 14 of this Agreement, income derived by a resident of a Contracting State as a performer such as a theatre, motion picture, radio or television artiste or as a musician or a sportsman from his personal activities in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) If income derived from the personal activities performed by an artiste or sportsman in his capacity as such accrues not to the artiste or sportsman himself, but to another person, that income, notwithstanding the provisions of articles 7 and 14 of this Agreement, may be taxed in the Contracting State in which the artiste or sportsman performs his activities.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this article shall not apply to income from activities performed by artistes or sportsmen in a Contracting State if their presence in that State is wholly or primarily funded with state funds of the other Contracting State, one of its lands or one of its administrative-territorial entities or by an organization recognized in that other State as a non-profit organization (charitable organization). In such a case, the income may be taxed in only the Contracting State of which the artiste or sportsman is a resident.

Article 17. Pensions, annuities and other such payments

(1) Subject to the provisions of paragraph 2 of article 18 of this Agreement, pensions and other such remuneration or annuities that are received by a resident of a Contracting State from the other Contracting State may be taxed in the first-mentioned State only.

(2) Payments that are received by an individual who is a resident of a Contracting State under the compulsory social insurance of the other Contracting State may be taxed, unlike under the provisions of paragraph 1 of this article, in the other State only.

(3) Periodic and lump-sum allowances that are paid by a Contracting State or one of its administrative-territorial entities to a resident of the other Contracting State as damages for harm caused by political persecution or illegal acts or for harm caused by military operations (including compensatory payments or benefits), compulsory military or alternative civilian service, crime, inoculations or other such events may be taxed in only the first-mentioned State, unlike under the provisions of paragraph 1 of this article.

(4) The term "annuity" means a stated sum that is paid at regular, established intervals, for life or for a specified or ascertainable period of time, under an obligation that stipulates those payments as compensation for adequate service in the form of money or material valuables.

(5) Maintenance payments to dependents, including child-support payments that are paid by a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State, shall be exempt from taxation in that other State. This provision shall not apply if those payments in the first-mentioned State are subject to deduction from the aggregate taxable income of the payer; amounts that, for purposes of alleviating the social burden, are not taxed shall not be regarded as a deduction as defined in this provision.

Article 18. Government service

(1) a) Salaries, wages and other such remuneration, with the exception of pensions, paid by a Contracting State, one of its lands or one of its administrative-territorial entities or by another legal person of public status of that State to an individual for service performed for that State, one of its lands or one of its administrative-territorial entities or another legal person of public status may be taxed in that State only.

b) Such remuneration, however, may be taxed in only the other Contracting State if the service is performed in that other State and the individual is a resident of that State, as well as:

aa) is a national of that State or

bb) did not become a resident of that State solely for the purpose of performing the service.

(2) a) Pensions paid by a Contracting State, one of its lands or one of its administrative-territorial entities or by another legal person of public status of that State or by a fund created by that State, one of its lands or one of its administrative-territorial entities or by another legal person of public status to an individual for service performed for that State, one of its lands or one of its administrative-territorial entities or another legal person of public status may be taxed in that State only.

b) Such pensions, however, may be taxed in only the other Contracting State if the individual is a resident and a national of that other State.

(3) With respect to remuneration and pensions for services rendered in connection with the business activities of a Contracting State, one of its lands or one of its administrative-territorial entities or another legal person of public status, the provisions of articles 14, 15, 16 or 17 of this Agreement shall apply.

(4) The provisions of paragraph 1 of this article shall apply to, respectively, remuneration paid under a technical assistance programme of a Contracting State, one of its lands or one of its administrative-territorial entities with funds earmarked exclusively by that State, that land or that administrative-territorial entity for specialists or volunteer assistants sent to the other Contracting State with the consent of the first State.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this article shall apply to, respectively, remuneration paid by or on behalf of the Goethe Institute Inter Naciones or the German Academic Exchange Service of the Federal Republic of Germany. The competent authorities, by mutual consent, may reach agreement on the use of the appropriate approach to the remuneration of other such establishments of the Contracting States. If such remuneration is not taxed in the founding State of the establishment, the provisions of article 14 of this Agreement shall take effect.

Article 19. Instructors, teachers and students

(1) An individual who, by invitation of a Contracting State or university, institution of higher learning, school, museum or any other cultural institution of that Contracting State or under an official cultural exchange, is present in that Contracting State for no more than

two years for the exclusive purpose of providing instruction, reading lectures or doing research in such institutions and who is a resident of the other Contracting State or was such until entering the first-mentioned State shall be exempt of taxes in the first State with respect to remuneration he receives for his work, provided that such remuneration is derived from sources outside that State.

(2) Payments for maintenance, education or training that are received by a student, trainee or other student who is in a Contracting State for the exclusive purpose of his education or training and who is a resident of the other Contracting State or was such until entering the first-mentioned State shall not be subject to tax in the first-mentioned State if the sources of those payments are outside that State.

Article 20. Other income

(1) Income that is derived by a resident of a Contracting State and was not considered in the preceding articles of this Agreement, regardless of its origin, may be taxed in that State only.

(2) The provisions of paragraph 1 of this article shall not apply to income other than the income from immovable property if the recipient, who is a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and the rights or property holdings with respect to which that income is paid are effectively connected with the permanent establishment. In such a case, the provisions of article 7 of this Agreement shall apply.

Article 21. Property

(1) Immovable property that belongs to a resident of a Contracting State and is situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Movable property that is an asset of a permanent establishment that an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(3) Ships or aircraft operated in international traffic, as well as movable property that is intended for operating such ships or aircraft, may be subject to tax in only the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of the property of a resident of a Contracting State may be taxed in that State only.

Article 22. Elimination of double taxation in the State of residency

(1) With respect to a resident of the Republic of Tajikistan, taxes shall be assessed as follows:

If a resident of the Republic of Tajikistan receives income or owns property that, under the provisions of this Agreement, may be taxed in the Federal Republic of Germany, the Republic of Tajikistan shall allow:

a) the deduction from that resident's income tax of an amount equal to the income tax paid to the Federal Republic of Germany;

b) the deduction from that resident's property tax of an amount equal to the property tax paid to the Federal Republic of Germany.

Those deductions, in any case, shall not exceed the portion of the income tax or property tax that was assessed before the granting of the deduction pertaining to the income or property holdings that may be taxed in the Federal Republic of Germany under its law.

If, under the provisions of this Agreement, income or property holdings of a resident of the Republic of Tajikistan are exempt from Tajik taxes, the Republic of Tajikistan may nonetheless, in calculating the tax on the remaining portion of the income or property of that resident, take into account the income or property holdings exempted from tax.

(2) With respect to a resident of the Federal Republic of Germany, taxes shall be assessed as follows:

a) income from the Republic of Tajikistan, as well as property holdings situated in the Republic of Tajikistan, that, under this Agreement, may be taxed in the Republic of Tajikistan and do not come under subparagraph b) of this paragraph shall be excluded from the tax base for German taxes.

With respect to income from dividends, the preceding provisions shall apply only if those dividends are paid by a company (other than a simple partnership) that is a resident of the Federal Republic of Germany or a company that is a resident of the Republic of Tajikistan and at least 10 per cent of whose capital belongs directly to a German company and if the income was not deducted when the profits of the company paying the dividends were determined.

For purposes of property taxation, share participation whose dividends, were they paid, would be subject to exclusion from the tax base under the provisions of the preceding portions of this subparagraph shall also be excluded from the tax base for German taxes.

b) under the provisions of German tax law on offsets against foreign taxes when German taxes to be collected on income are levied, an offset shall be made against Tajik taxes paid on the below-listed income under Republic of Tajikistan law and in accordance with this Agreement:

(i) dividends that do not come under subparagraph a) of this paragraph;

(ii) royalties;

(iii) income that, under paragraph 2 of article 13 of this Agreement, may be taxed in the Republic of Tajikistan;

(iv) income that, under paragraph 3 of article 14 of this Agreement, may be taxed in the Republic of Tajikistan;

(v) fees for members of supervisory boards and boards of directors;

(vi) income as defined in article 16 of this Agreement.

c) with respect to income as defined in articles 7 and 10 of this Agreement and the property holdings underlying it, the provisions of subparagraph b) of this paragraph shall apply in place of the provisions of subparagraph a) of this paragraph if a resident of the Federal Republic of Germany does not provide substantiation that the permanent establishment in the business year (reporting year) in which he drew profits or a company that is a resident of the Republic of Tajikistan, in the business year (reporting year) to the account of which

it distributed profits, derived its gross income exclusively or almost exclusively from types of activity that come under items 1 through 6 of subparagraph 1 of paragraph 8 of the Law of the Federal Republic of Germany on Foreign Taxes; the same provisions apply with respect to immovable property intended for the needs of a permanent establishment and income taken on it (paragraph 4 of article 6 of this Agreement), as well as with respect to profits from the alienation of that immovable property (paragraph 1 of article 13 of this Agreement) and movable property that is an asset of the permanent establishment (paragraph 3 of article 13 of this Agreement).

d) The Federal Republic of Germany, however, reserves the right to take into account income or property holdings excluded from the imposition of German taxes when it establishes the tax rate to be applied in the Federal Republic of Germany.

e) Notwithstanding the provisions of subparagraph a) of this paragraph, double taxation shall be eliminated by means of the tax offsets under subparagraph b) of this paragraph:

(i) if, in the Contracting States, income or capital is classified under different provisions of this Agreement or is assigned to different persons (except for the cases under article 9 of this Agreement) and that conflict cannot be resolved with the procedure given by the provisions of paragraph 3 of article 24 of this Agreement, and when, given the differing classification or assignment, the income or property holdings would not be subject to taxation or would be subject to a smaller tax than in the absence of such a conflict, or

(ii) if the Federal Republic of Germany, after consultation, provides notification, through diplomatic channels, of other income to which it intends to apply the tax offset under subparagraph b). Double taxation with respect to that income shall be eliminated through tax offsets under subparagraph b) beginning on the first day of the calendar year following the calendar year in which it provided notification.

Article 23. Non-discrimination with regard to taxation

(1) Nationals of a Contracting State may not be subjected in the other Contracting State to any taxation or requirement connected therewith that is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State, under the same circumstances, particularly with respect to residence, are or may be subjected. Notwithstanding the provisions of article 1 of this Agreement, this provision shall also apply to persons who are not residents of either Contracting State.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State may not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirements connected therewith that is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned, under the same conditions, are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment that an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any tax exemptions, allowances or reductions that it grants to only its own residents.

(4) Where the provisions of paragraph 1 of article 9, paragraph 5 of article 11 or paragraph 6 of article 12 of this Agreement do not apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, in the determination of the taxable profits of that enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, in the determination of the taxable property of the enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith that is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this article shall, notwithstanding article 2 of this Agreement, apply to taxes of every kind and description.

Article 24. Mutual agreement procedure

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, without prejudice to the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of article 23 of this Agreement, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with this Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of this Agreement. They may also consult with each other on how avoidance of double taxation may be achieved in cases not considered by this Agreement.

(4) For purposes of reaching an agreement in accordance with the above provisions of this article, the competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, in, if necessary, a joint commission consisting of the mentioned authorities or their representatives.

Article 25. Exchange of information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes of every kind and description collected on behalf of the Contracting State, one of its lands or one of its administrative-territorial entities only insofar as the taxation thereunder is not contrary to this Agreement. The exchange of information is not restricted to the provisions of articles 1 and 2 of this Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed to only persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the decision-making with respect to objections or complaints concerning the taxes referred to in the first sentence of this paragraph. Those persons or authorities may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) The provisions of paragraph 1 of this article shall not be construed to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out, for purposes of supplying information, administrative measures at variance with the laws or administrative practice of that State or of the other Contracting State;
- b) to supply information that is not obtainable under the laws or in the normal course of administration of that State or of the other Contracting State;
- c) to supply information that would disclose any trade, industrial, business or professional secret or business process or information the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 26. Provisions for taxation at source

(1) If, in a Contracting State, the taxes on dividends, interest, royalties or other income derived by a resident of the other Contracting State are collected by means of withholding, the right of the first-mentioned State to withhold the tax at the rate provided for under domestic law shall be unaffected by this Agreement. A tax collected by means of withholding shall, at the request of the taxpayer, be refunded when and to the extent that it is reduced or eliminated by authority of this Agreement.

(2) Requests for a tax refund shall be filed before the end of the fourth year following the calendar year in which the withheld-at-source taxes on dividends, interest, royalties and other income were assessed.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article, each Contracting State shall create procedures for the disbursement of income that, under this Agreement, in the state in which the income arose, is not taxable or is subject to a reduced tax, with no withholding or with withholding of only the tax specified in the relevant article of this Agreement.

(4) The Contracting State in which the income arose may require the competent authority's verification of residency in the other Contracting State.

(5) The competent authorities may, by mutual agreement, adjust the implementation of this article and, if necessary, establish other procedures for implementing the tax reductions or exemptions specified in this Agreement.

Article 27. Application of Agreement in special cases

This Agreement shall not be construed to obstruct the employment by a Contracting State of its domestic laws to prevent tax avoidance and tax evasion. If the preceding provision results in double taxation, the competent authorities, in accordance with the provisions of paragraph 3 of article 24 of this Agreement, shall consult with each other on methods to avoid such double taxation.

Article 28. Members of diplomatic missions and consular posts

(1) The provisions of this Agreement shall not affect the tax privileges accorded to staff members of diplomatic missions and employees of consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

(2) Notwithstanding the provisions of article 4 of this Agreement, an individual who is a staff member of a diplomatic mission or an employee of a consular post of a Contracting State situated in the other Contracting State or in a third State shall be deemed to be a resident of the accrediting State if:

a) in accordance with international law, he is, in the State in which he is dwelling, not subject to tax on income from sources outside that State or on property situated outside that State, and

b) in the accrediting State, he is subject to the same obligations with regard to the taxation of his total income or property as are individuals who are residents of that State.

Article 29. Protocol

The attached Protocol shall be an integral part of this Agreement.

Article 30. Entry into force

(1) This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force on the date on which the instruments of ratification are exchanged, and its provisions shall have effect in both Contracting States:

a) with regard to taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after 1 January of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force;

b) with regard to other taxes, in respect of amounts of taxes that are levied over the period beginning on 1 January of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force.

(3) With the entry into force of this Agreement, the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Union of Soviet Socialist Republics for the Avoidance of

Double Taxation of Incomes and Property, signed 24 November 1981, in relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Tajikistan, shall cease to be in force and cease to be applied:

- a) in relation to taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after 1 January of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force;
- b) with regard to other taxes, in respect of amounts of taxes that are levied over the period beginning on 1 January of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force.

Article 31. Termination

This Agreement shall remain in effect indefinitely, but each of the Contracting States, after the expiration of five years from the date this Agreement enters into force, may denounce the Agreement by giving the other Contracting State written notice through diplomatic channels no later than 30 June of any calendar year; in such a case, this Agreement shall cease to have effect:

- a) with regard to taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after 1 January of the calendar year following the year in which notice of the denunciation of the Agreement is given;
- b) with regard to other taxes, in respect of amounts of taxes that are levied over the period beginning on 1 January of the calendar year following the year in which the notice of the denunciation of the Agreement is given.

Done in duplicate at Berlin, this 27th day of March 2003, in the German and Russian languages, each text being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

KLAUS SCHARIOTH

For the Republic of Tajikistan:

SAFARALI NADSCHMUDDINOW

PROTOCOL TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF TAJIKISTAN FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL, OF 27 MARCH 2003

At the signing of the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Tajikistan for the Avoidance of Double Taxation with Respect to Taxes on Income and Capital, the undersigned duly authorized persons have agreed that the following provisions shall form an integral part of Agreement:

1. Ad article 7

- a) If an enterprise of a Contracting State sells merchandise or goods through a permanent establishment in the other Contracting State or carries on business therein, the profits of that permanent establishment shall be determined not on the basis of the total proceeds of the enterprise, but merely on the basis of the amount that can be attributed to the actual sales or business activities of the permanent establishment.
- b) If an enterprise has a permanent establishment in the other Contracting State, the profits of that permanent establishment derived either in connection with contracts, specifically contracts for the design, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific equipment or facilities, or in connection with State orders shall be determined not on the basis of the total contract price, but merely on the basis of that portion of the contract that is actually carried out by the permanent establishment in the Contracting State in which it is situated. The profits from the supply of goods to the permanent establishment or in connection with that portion of the contract that is carried out in the Contracting State in which the place of the main subdivision of the enterprise is situated may be taxed in only that State.
- c) Fees for technical services, including analytical advances or designs of a scientific, geologic or technical character, for contracts for design, including the drawings belonging to the designs, or for activities involving consultation or supervision (monitoring) shall be deemed fees to which the provisions of article 7 of the Agreement apply.

2. Ad articles 10 and 11

Notwithstanding the provisions of articles 10 and 11 of the Agreement, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, in accordance with the laws of that State, if they:

- a) are based on rights or debt-claims stipulating participation in profits, including the income of a silent participant derived by him from his share participation as a silent participant and income from credits (loans) vested with the right to participate in profits, as well as from bonds with the right to participate in profits, as defined in the tax laws of the Federal Republic of Germany, and
- b) are deductible when the profits of the payer of the dividends and interest are determined.

3. Ad article 25

If, in accordance with domestic law, on the basis of the Agreement, information pertaining to individuals is transmitted, the following provisions shall also take effect on the basis of the legal acts of each Contracting State:

a) The information may be used by the receiving establishment solely for the purposes indicated and only in accordance with the conditions stipulated by the transmitting establishment.

b) The receiving establishment shall inform the establishment that transmitted the information, at the request of the latter establishment, of the use of the information transmitted and of the results obtained with it.

c) Information pertaining to individuals may be transmitted to competent authorities only. That information may be transmitted to other establishments only with the prior consent of the transmitting establishment.

d) The transmitting establishment shall be obliged to see to it that the information being transmitted is accurate and that it is necessary for and appropriate to the purposes for which the transmission of the information is intended. The restrictions placed on the transmission of information by domestic law should be taken into account. If inaccurate information or information that should not have been transmitted is transmitted, the receiving establishment must be informed of that immediately. It shall be obliged to correct it or destroy it.

e) At the request of a person involved, that person shall be issued a report on the transmission of information pertaining to him, as well as on the intended purposes of the use of the information. The issuance of the report shall not be compulsory if analysis shows that the State's interest in refusing to issue the report predominates over the interest of the person mentioned in obtaining it. Otherwise, the rights of the involved person to obtain the report on the information on hand about him shall be governed by the domestic laws of the Contracting State in which the report is requested.

f) If someone is wrongfully harmed as a result of the transmission of the information in the context of information exchange under the Agreement, the receiving establishment shall be liable to that person in that regard under its domestic laws. The establishment may not justify its actions to the person harmed by indicating that the harm was done by the establishment transmitting the information.

g) If the domestic law under which the transmitting establishment is acting stipulates special rules for destroying transmitted information pertaining to individuals, the transmitting establishment shall indicate that to the receiving establishment. Regardless of that law, transmitted information pertaining to individuals shall be destroyed if it is no longer required for the purposes for which it was transmitted.

h) The transmitting and receiving establishments shall be obliged to document the transmission and receipt of information pertaining to individuals.

i) The transmitting and receiving establishments shall be obliged to effectively protect transmitted information pertaining to individuals against access to it, against alteration, and against disclosure by individuals who have no right to do so.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

**ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE
TADJIKISTAN TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN
MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE**

La République fédérale d'Allemagne et la République de Tadjikistan,
Désirant promouvoir le développement de relations économiques mutuelles en éliminant les obstacles fiscaux,

Sont convenus de ce qui suit :

Article 1. Personnes visées

Le présent Accord s'applique aux personnes qui sont résidentes d'un Etat contractant ou des deux Etats contractants.

Article 2. Impôts visés

1. Le présent accord s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte d'un Etat contractant, d'un de ses Lands ou d'une de ses subdivisions ou collectivités locales, quel que soit le régime de perception.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune tous prélèvements fiscaux assis sur tout ou partie du revenu, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens meubles ou immeubles, les impôts sur le montant total des salaires payés par les entreprises aussi bien que les impôts sur les plus-values.

3. Les impôts actuels qui font l'objet du présent Accord sont :

(a) au Tadjikistan :

-l'impôt sur le revenu (profits) des personnes juridiques;
-l'impôt personnel sur le revenu;
-l'impôt sur la propriété des personnes juridiques et physiques;
(désignés ci-après par "l'impôt tadjik").

(b) en Allemagne :

-l'impôt sur le revenu;
-l'impôt sur les sociétés;
-l'impôt commercial;
-l'impôt sur le capital;
y compris la surtaxe sur ces impôts;
(désignés ci-après par "l'impôt allemand").

4. Le présent Accord s'applique également à tous impôts de nature identique ou sensiblement analogue qui seraient prescrits après la date de signature du présent Accord, et qui s'ajouteraient ou se substituerait aux impôts actuels. Les autorités compétentes des Etats contractants se communiqueront toutes les modifications de fond qui seraient apportées à la législation de leurs Etats respectifs relatives aux impôts auxquels s'applique le présent Accord.

Article 3. Définitions générales

1. Aux fins du présent Accord, et à moins que le contexte n'exige une interprétation différente :

- a) Les expressions "Etat contractant" et autre "Etat contractant" signifient le territoire de ces Etats, y compris la zone des fonds marins, leur sous-sol au-dessous de la mer territoriale et sur lesquels chacun des Etats exerce des droits souverains et sa juridiction, conformément au droit international et sa législation nationale, aux fins de prospection, d'exploitation, de conservation et de gestion de ses ressources naturelles vivantes ou fossiles;
- b) Le terme "personne" s'entend des personnes physiques, sociétés et tous autres groupements de personnes;
- c) Le terme "société" s'entend de toute personne morale ou de toute entité qui est assimilée à une personne morale au regard de l'impôt;
- d) Le terme "entreprise" s'entend de prestations de caractère commercial;
- e) Le terme "activités commerciales" comprend également le déploiement d'activités incluant la fourniture de services professionnels indépendants ou d'autres activités qui sont indépendantes par nature;
- f) Les expressions "entreprise d'un Etat contractant" et "entreprise de l'autre Etat contractant" s'entendent d'une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;
- g) L'expression "trafic international" s'entend de tout transport effectué par un navire ou un aéronef ou un bateau engagé dans un trafic fluvial exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé dans un Etat contractant, sauf lorsque ce navire, ce bateau ou cet aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre Etat contractant;
- h) Le terme "ressortissant" désigne :
 - (i) en ce qui concerne la République du Tadjikistan : toute personne physique possédant la nationalité de la République du Tadjikistan ainsi que toute personne juridique, simple partenariat ou groupement de personnes établis selon la législation en vigueur au Tadjikistan;
 - (ii) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : tout Allemand au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne ainsi que toute personne morale, simple partenariat ou groupement de personnes établis selon la législation en vigueur dans la République fédérale d'Allemagne;

i) l'expression "autorité compétente" signifie :

- (i) dans le cas du Tadjikistan, le Ministre des finances, la personne ou l'organisme auquel ledit Ministère délègue son autorité;
- (ii) dans le cas de la République d'Allemagne, le Ministre des finances ou l'organisme auquel ledit Ministère délègue son autorité.

2. Aux fins de l'application du présent accord par l'un des Etats contractants, toute expression qui n'est pas définie dans ledit accord a le sens que lui attribue la législation de cet Etat contractant concernant les impôts auxquels s'applique le présent accord et toute définition selon la législation fiscale en vigueur de cet Etat ayant le pas sur le sens que lui attribuerait d'autres lois du même Etat à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente.

Article 4. Résidence

1. Aux fins du présent accord, on entend par "résident de l'un des Etats contractants" toute personne qui, en vertu de la législation de cet Etat, est assujettie à l'impôt dans cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, du siège de sa direction ou de son immatriculation ou de tout autre critère du même ordre et inclut également cet Etat, une subdivision politique ou une autorité locale. Toutefois, cette expression ne s'applique pas aux personnes assujetties à l'impôt dans cet Etat exclusivement pour les revenus qu'elles tirent de sources situées dans cet Etat.

2. Lorsqu'en vertu des dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux Etats contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) cette personne est considérée comme un résident de l'Etat contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) si l'Etat contractant où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant où elle séjourne de façon habituelle;

c) si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux Etats contractants ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée uniquement comme un résident de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité;

d) si cette personne possède la nationalité deux Etats contractants ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Si, par application des dispositions du paragraphe 1 du présent Article, une personne autre qu'une personne physique est un résident des deux Etats contractants, elle est réputée être un résident de l'Etat où le siège de direction effective est situé.

4. Un simple partenariat sera considéré comme résident de l'Etat contractant où le siège de direction effective est situé. Les restrictions en ce qui concerne le droit de l'autre Etat contractant de percevoir des impôts figurant aux articles 6 à 21 du présent Accord ne s'ap-

pliquent que dans la mesure que le revenu provenant du simple partenariat de l'autre Etat contractant et le capital qui s'y trouvent sont imposables dans le premier Etat.

Article 5. Établissement stable

1. Aux fins du présent Accord, l'expression "établissement stable" s'entend d'un lieu fixe d'affaires où une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. L'expression "établissement stable" s'entend notamment :

- a) d'un siège de direction;
- b) d'une succursale;
- c) d'un bureau;
- d) d'une usine;
- e) d'un atelier;
- f) d'une mine, d'un puits de pétrole ou de gaz, d'une carrière ou de tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

3. L'expression "établissement stable" comprend également les chantiers de construction ou d'installation qui durent plus de douze mois.

4. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, on considère qu'il n'y a pas "d'établissement stable" :

- a) s'il est fait usage d'une installation à seule fin de stocker, exposer ou livrer des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise;
- b) si des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés à seule fin de stockage, d'exposition ou de livraison;
- c) si des biens ou marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés à seule fin de transformation par une autre entreprise;
- d) si une installation fixe d'affaires est utilisée à seule fin d'acheter des biens ou des marchandises, ou de réunir des informations pour l'entreprise;
- e) si une installation fixe d'affaires est utilisée à seule fin d'exercer, pour l'entreprise, toute autre activité de caractère préparatoire ou auxiliaire;
- f) si une installation fixe d'affaires est utilisée à seule fin de l'exercice combiné des activités mentionnées aux alinéas (a) à (e) du présent paragraphe, dans la mesure ou l'ensemble des activités ainsi exercées dans cette installation fixe d'affaires a un caractère préparatoire ou auxiliaire.

5. Lorsqu'une personne - autre qu'un agent indépendant auquel s'applique le paragraphe 6 - agit dans un Etat contractant pour le compte d'une entreprise de l'autre Etat contractant et dispose dans cet Etat du pouvoir qu'elle y exerce habituellement, de conclure des contrats au nom de l'entreprise, cette entreprise est réputée avoir un établissement stable dans cet Etat à moins que les activités de cette personne ne soient limitées à celles qui sont énumérées au paragraphe 4 du présent article et qui exercées par l'intermédiaire d'une installation fixe, ne feraient pas de cette installation fixe un établissement stable au sens dudit paragraphe.

6. Une entreprise de l'un des Etats contractants ne sera pas réputée avoir un établissement stable dans l'autre Etat contractant du seul fait qu'elle exerce dans cet autre Etat des activités par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre agent indépendant, si ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leurs activités.

7. Le fait qu'une société résidente de l'un des Etats contractants contrôle, ou est contrôlée par une société résidente de l'autre Etat contractant, ou qui y exerce son activité (que ce soit ou non par l'intermédiaire d'un établissement stable) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6. Revenus de biens immobiliers

1. Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de biens immobiliers situés dans l'autre Etat contractant (y compris les revenus d'exploitations agricoles ou forestières) sont imposables dans cet autre Etat.

2. L'expression "biens immobiliers" a le sens que lui attribue le droit de l'Etat contractant dans lequel les biens considérés sont situés. L'expression comprend en tout cas les accessoires à la propriété immobilière, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et le droit à des paiements variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession d'exploitation des gisements minéraux et autres ressources naturelles; les navires, les aéronefs ne sont pas considérés comme des propriétés immobilières.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus tirés de biens immobiliers d'une entreprise.

Article 7. Bénéfices des entreprises

1. Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat à moins que l'entreprise n'exerce une activité économique dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce une telle activité, ses bénéfices peuvent être imposés dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, lorsqu'une entreprise de l'un des Etats contractants exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il sera imputé dans chaque Etat contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait vraisemblablement pu réaliser s'il avait été une entreprise distincte exerçant des activités identiques ou similaires dans des conditions identiques ou similaires et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses contractées par l'entreprise pour cet établissement stable y compris les dépenses

ses de direction et les frais généraux d'administration, soit dans l'Etat contractant où cet établissement stable est situé, soit ailleurs.

4. Dans la mesure où il est d'usage dans un Etat contractant de déterminer les bénéfices à attribuer à un établissement stable sur la base d'une répartition de la totalité des bénéfices d'une entreprise entre ses diverses composantes, rien dans le paragraphe 2 du présent Article n'empêche l'Etat contractant intéressé de déterminer les bénéfices assujettis à l'impôt en fonction d'une telle répartition selon l'usage; toutefois la méthode de répartition adoptée doit permettre d'obtenir un résultat conforme aux principes énoncés dans le présent article.

5. Aucun bénéfice ne sera imputé à un établissement stable pour la seule raison que ledit établissement aura simplement acquis des biens ou des marchandises pour l'entreprise.

6. Aux fins des paragraphes précédents du présent article, les bénéfices à imputer à un établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

7. Les dispositions du présent article s'appliquent aux revenus provenant de la participation à un simple partenariat. L'article s'applique également aux émoluments payés à un participant à un simple partenariat pour des activités menées dans l'intérêt de ce dernier et pour l'attribution de crédits (prêts) ou le transfert de valeurs économiques si de tels émoluments, selon la législation fiscale de l'Etat contractant où l'établissement stable est situé, sont versés en tant que revenus reçus par le participant de l'établissement stable.

8. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres parties du présent accord, les dispositions du présent article s'entendent sans préjudice des dispositions desdits articles.

Article 8. Transport maritime et aérien et transport fluvial

1. Les bénéfices effectués par une entreprise, provenant de l'exploitation, en trafic international de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est située la direction effective de l'entreprise.

2. Les bénéfices tirés de l'exploitation de bateaux engagés dans le transport fluvial ne sont imposables que dans l'Etat contractant où la direction effective de l'entreprise est située.

3. Aux fins d'application du présent article, les bénéfices tirés de l'exploitation en trafic international de navires et d'aéronefs comprennent également les bénéfices tirés :

a) de la location de bateaux à coque nue et d'aéronefs;

b) de l'exploitation ou de la location de conteneurs (y compris les remorques et matériels apparentés servant au transport de conteneurs);

s'ils sont exploités en trafic international.

4. Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation maritime ou de navigation fluviale est à bord d'un navire, ce siège est considéré comme situé dans l'Etat contractant où se trouve le port d'attache de ce navire ou à défaut de port d'attache dans l'Etat contractant dont l'exploitant du navire ou du bateau est un résident.

5. Les dispositions des paragraphes 1 s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un consortium, une coentreprise ou un organisme international d'exploitation.

Article 9. Entreprises associées

1. Si :

a) Une entreprise d'un Etat contractant participe, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant; ou si

b) Les mêmes personnes participent, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un Etat contractant et d'une entreprise de l'autre Etat contractant;

Et si, dans l'un comme dans l'autre cas, les conditions régissant les relations commerciales ou financières entre les deux entreprises diffèrent de celles qui devraient en principe régir des relations entre des entreprises indépendantes et traitant entre elles en toute indépendance, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient pu en principe être réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être du fait de ces conditions, peuvent être compris dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

2. Lorsqu'un Etat contractant inclut dans les bénéfices d'une entreprise de cet Etat et impose en conséquence des bénéfices sur lesquels une entreprise de l'autre Etat contractant a été imposée dans cet autre Etat, et que les bénéfices ainsi inclus, sont, selon le premier Etat mentionné, les bénéfices qui auraient été réalisés par l'entreprise dudit premier Etat si les conditions convenues entre les deux entreprises avaient été celles convenues entre des entreprises indépendantes, l'autre Etat procède à un ajustement approprié du montant de l'impôt qui y a été perçu sur ces bénéfices, si ledit autre Etat estime ledit ajustement justifié. Pour déterminer cet ajustement, il est tenu compte des autres dispositions de l'accord et, s'il y a lieu, les autorités compétentes des Etats contractants se consultent.

Article 10. Dividendes

1. Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. Toutefois, ces dividendes sont aussi imposables dans l'Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident et selon la législation de cet Etat; mais si la personne qui reçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder :

- a) 5 pour cent du montant brut des dividendes si le bénéficiaire est une société (autre qu'un partenariat) qui détient directement au moins 10 pour cent du capital de la société qui paie les dividendes;
- b) 15 p. cent du montant brut des dividendes dans tous les cas.

Les dispositions du présent paragraphe ne devraient pas affecter l'imposition de la société en ce qui concerne les bénéfices à partir desquels les dividendes sont payés.

3. Le terme "dividendes" employé dans le présent Article, désigne les revenus provenant d'actions ou bons de jouissance de parts de fondateurs ou de droits autres que des créances, des participations aux bénéfices ainsi que les revenus d'autres parts sociales soumis au même régime fiscal que les revenus d'action par la législation de l'Etat dont la société distributrice est un résident. Il est équivalent en termes fiscaux à des revenus provenant d'actions ainsi qu'à des bénéfices distribués sur la base de certificats de fonds d'investissements

4. Les dispositions des paragraphes (1) et (2) ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

5. Lorsqu'une société qui est un résident d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre Etat ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou une base fixe situés dans cet autre Etat, ni prélever aucun impôt, au titre de l'imposition des bénéfices non distribués, sur les bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus de cet autre Etat.

Article 11. Intérêts

1) Les intérêts provenant de l'un des Etats contractants et payés à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans cet autre Etat lorsque ce résident en est le bénéficiaire effectif.

2) Le terme "intérêts" employé dans le présent article désigne les revenus des créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires et notamment des revenus des titres publics et de bons ou d'obligations d'emprunts de gouvernements, y compris les primes qui s'y rattachent et les gains provenant des obligations à lots. Les suppléments pour versements en retard ne sont pas considérés comme des intérêts au sens du présent article.

3) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à cet établissement stable. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

4) Les intérêts sont considérés comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est un résident de cet Etat. Toutefois lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non un résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable pour lequel la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui supporte la char-

ge de ces intérêts, ceux-ci sont considérés comme provenant de l'Etat ou l'établissement stable est situé.

5) Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec une tierce personne, le montant des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 12. Redevances

1. Les redevances provenant d'un Etat contractant et payées à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. Toutefois, ces redevances sont également imposables dans l'Etat contractant d'où elles proviennent et conformément à la législation de cet Etat, mais si la personne qui reçoit ces redevances en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi exigé ne peut excéder 5 pour cent du montant brut des redevances.

3. Le terme "redévances" employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris y compris les films cinématographiques ou les films, les brevets, marques de fabrique, dessins ou modèles, plans, formules ou procédé secrets, ou pour l'usage ou la concession de l'usage des équipements industriels, commerciaux ou scientifiques ou pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique. Le terme "redévances" comprend également les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un nom de personne, d'une photographie ou tout autre droit personnel, ainsi que des rémunérations payées par la radio ou la télévision au titre de l'enregistrement d'un artiste du spectacle ou d'un sportif.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas si le bénéficiaire des redevances, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable situé dans cet autre Etat, et que le droit ou le bien pour lequel sont payées ces redevances est effectivement lié à cet établissement stable. En pareils cas, les dispositions applicables sont celles de l'article 7 de l'Accord.

5. Les redevances sont considérées comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non un résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable en relation avec lequel a été contractée l'obligation de paiement des redevances et qui supporte la charge de ces redevances, celles-ci sont considérées comme provenant de l'Etat où l'établissement stable est situé.

6. Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif des redevances ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des redevances payées, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont

payées, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de telles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareils cas, la partie excédentaire reste imposable selon la législation de chaque Etat contractant, compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 13. Gains en capital

1. Les gains qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat contractant.

2. Les gains provenant de l'aliénation d'actions ou de droits dans une société, les avoirs consistant, directement ou indirectement, principalement de biens immobiliers situés dans un Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

3. Les gains tirés de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant possède dans l'autre Etat contractant, y compris les gains tirés de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat.

4. Les gains provenant de l'aliénation de navires, aéronefs ou de bateaux affectés au transport fluvial exploités en trafic international ou de biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires aéronefs ou bateaux ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est située la direction effective de l'entreprise.

5. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux visés dans les paragraphes 1 à 4 du présent article sont imposés que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

6. Dans le cas d'une personne physique qui a été un résident d'un Etat contractant pendant au moins cinq ans et qui est devenue un résident de l'autre Etat contractant, le paragraphe 5 n'affecte pas le droit du premier Etat d'imposer selon sa législation intérieure, pour les actions et autres parts de sociétés qui sont des résidents du premier Etat contractant, la plus value réalisée par cette personne jusqu'à son changement de domicile. Dans ce cas, les plus-values imposées dans le premier Etat ne doivent pas être prises en compte par l'autre Etat pour la détermination des plus-values ultérieures.

Article 14. Professions dépendantes

1. Sous réserve des dispositions des articles 15 à 18 du présent Accord, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident de l'un des Etats contractants perçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet Etat contractant, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. En ce cas, les rémunérations perçues à ce titre peuvent être imposées dans cet autre Etat contractant.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident de l'un des Etats contractants reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat :

- a) si le bénéficiaire ne séjourne dans l'autre Etat que pendant une ou des périodes n'excédant pas au total cent quatre-vingt-trois jours au cours de l'année civile considérée;

- b) si les rémunérations sont payées par un employeur qui n'est pas un résident de cet autre Etat; et
- c) si la charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable de l'employeur dans l'autre Etat.

3. Les dispositions du paragraphe 2 ne s'appliquent pas aux rémunérations reçues au titre d'un emploi par des personnes dont les services sont commercialement proposées.

4. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations perçues au titre d'un emploi exercé à bord d'un navire, d'un aéronef ou d'un bateau engagé dans le transport fluvial exploité en trafic international, par une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans l'Etat où est située la direction effective de l'entreprise.

Article 15. Tantièmes de membres de conseils d'administration

Les tantièmes que des membres de conseils d'administration ou de conseils de surveillance ou qu'un résident d'un Etat contractant reçoit à ce titre d'une société qui est un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

Article 16. Artistes et sportifs

1. Nonobstant les dispositions des articles 7 et 14, les revenus qu'un artiste du spectacle tire de ses activités personnelles en tant qu'artiste du théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision, ou que musicien, ou en tant que sportif, sont imposables dans l'Etat contractant où ces activités sont exercées.

2. Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste du spectacle ou qu'un sportif exerce personnellement et, en cette qualité, sont attribués non pas à l'artiste ou le sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont imposables, nonobstant les dispositions des articles 7 et 14 dans l'Etat contractant où les activités de l'artiste ou du sportif sont exercées.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas aux revenus provenant d'activités exercées dans un autre Etat contractant par des artistes du spectacle ou des sportifs si leur séjour dans cet Etat est financé principalement par des fonds publics de l'autre Etat contractant, de l'un de ses "Lands", de l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales ou par un organisme reconnue comme un organisme caritatif dans cet autre Etat. En pareil cas, les revenus tirés de ces activités ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont l'artiste ou le sportif est un résident.

Article 17. Pensions, rentes et allocations de sécurité sociale

1. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 de l'article 18, les pensions et autres rémunérations similaires payées à un résident d'un Etat contractant à un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat.

2. Les paiements reçus par une personne qui est un résident d'un Etat contractant au titre d'un régime d'assurance sociale obligatoire de l'autre Etat contractant ne sont imposables, contrairement aux dispositions du paragraphe précédent du présent article, que dans cet autre Etat.

3. Les paiements périodiques ou forfaïtaires versés par l'un des Etats contractants ou par une de ses subdivisions politiques à un résident de l'autre Etat contractant au titre de dommages résultant de faits de guerre ou de persécution politique (y compris les paiements obligatoires de bénéfices) ou au titre d'un service de remplacement militaire ou civil ou d'un crime, d'une vaccination ou d'un fait analogue ne sont imposables que dans le premier Etat.

4. Le terme "rentes" s'entend d'une somme déterminée payable périodiquement à échéances fixes à titre viager ou pendant une période déterminée ou déterminable, en vertu d'une obligation d'effectuer les paiements en contrepartie d'une prestation adéquate en argent ou appréciable en argent.

5. Les pensions alimentaires, y compris celles destinées aux enfants, versées par un résident d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans cet autre Etat. Cette définition ne s'applique pas lorsque ces pensions alimentaires sont déductibles dans le premier Etat dans le calcul du revenu imposable du payeur; les déductions fiscales visant à atténuer les charges sociales ne sont pas considérées comme des déductions aux fins du présent paragraphe.

Article 18. Fonctions publiques

1.a) Les salaires, gages et autres rémunérations similaires, autres que les pensions payées par un Etat contractant, un de ses "lands", l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales ou toute autre personne de droit public dudit Etat à une personne physique, au titre de services rendus à cet Etat, ce "land", cette unité administrative territoriale ou collectivité locale ou toute autre personne morale de droit public ne sont imposables que dans cet Etat.

b) Toutefois ces rémunérations ne sont imposables que dans l'autre Etat contractant si les services sont rendus dans cet autre Etat et si la personne physique est un résident de cet Etat qui :

(aa) possède la nationalité de cet Etat, ou

(bb) n'est pas devenu un résident de cet Etat à seule fin de rendre les services.

2. a) Toute pension payée par un Etat contractant, un de ses "lands" ou une de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales ou toute autre personne morale de droit public, par prélèvement sur des fonds qu'ils ont constitués, à une personne physique au titre de services rendus à cet Etat, ce "land", cette unité administrative territoriale ou à cette collectivité locale n'est imposable que dans cet Etat.

b) Toutefois, cette pension est imposable exclusivement dans l'autre Etat contractant si la personne physique est un résident de cet autre Etat et en possède la nationalité.

3. Les dispositions des articles 14, 15, 16 ou 17 s'appliquent aux salaires, gages et rémunérations analogues versés en contrepartie de services rendus dans le cadre d'une activité commerciale ou industrielle exercée par un Etat contractant, un de ses "lands", une de ses unités administratives territoriales ou de ses collectivités locales ou par toute personne morale de droit public de cet Etat.

4. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux rémunérations payées au titre d'un programme d'assistance au développement d'un Etat contractant, un de ses

lands, une de ses unités administratives territoriales ou de ses collectivités locales, à des experts ou à des volontaires envoyés dans l'autre Etat contractant avec l'assentiment de cet autre Etat.

5. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent également aux rémunérations que le Goethe Institute Inter Naciones ou le German Academic Exchange Service de la République fédérale d'Allemagne ont versées. Le traitement de la rémunération correspondante d'autres institutions comparables des Etats contractantes peut être convenu d'un commun accord entre les autorités compétentes. Si cette rémunération n'est pas imposable dans l'Etat où le siège de l'institution est situé, les dispositions de l'article 14 du présent Accord s'appliquent.

Article 19. Professeurs, enseignants et étudiants

1. Une personne physique qui séjourne dans un Etat contractant à l'invitation de cet Etat, ou d'une université, d'un collège, d'une école, d'un musée ou d'un autre établissement culturel dudit Etat dans le cadre d'un programme d'échange culturel officiel pendant une période ne dépassant pas deux ans aux fins uniquement d'enseigner, de donner des conférences ou d'effectuer des travaux de recherche dans ledit établissement et qui est, ou qui était avant de se rendre dans cet Etat, un résident de l'autre Etat contractant, est exonérée sur la rémunération qu'elle reçoit au titre de l'activité en question, dans la mesure où cette rémunération ne provienne pas de cet Etat.

2. Les sommes qu'un étudiant ou un apprenti qui est ou qui était immédiatement avant de se rendre dans un Etat contractant, un résident de l'autre Etat contractant et qui séjourne dans le premier Etat à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans cet autre Etat à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet Etat.

Article 20. Autres revenus

1. Les éléments de revenu d'un résident d'un Etat contractant, d'où qu'ils proviennent, qui ne sont pas visés dans les articles précédents du présent Accord ne sont imposables que dans cet Etat.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que ceux qui sont tirés de biens immobiliers, si celui qui reçoit un tel revenu est un résident d'un Etat contractant qui a des activités commerciales dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable et que le droit ou le bien pour lesquels le revenu est payé se rattache effectivement à un établissement stable. En pareil cas, les dispositions de l'article 7, sont applicables.

Article 21. Fortune

1. La fortune immobilière appartenant à un résident d'un État contractant et située dans l'autre État contractant est imposable dans cet État contractant.

2. La fortune constituée par des biens mobiliers appartenant à un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant possède dans un autre Etat contractant peut être taxée dans cet autre Etat.

3. La fortune constituée de navires ou d'aéronefs exploités en trafic international ainsi que les biens mobiliers affectés à leur exploitation ne sont imposables que dans l'Etat où la direction effective de l'entreprise est située.

4. Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 22. Elimination de la double imposition

1. En ce qui concerne un résident de la République du Tadjikistan, les impôts sont calculés de la manière suivante :

Lorsqu'un résident de la République du Tadjikistan perçoit des revenus ou détient un capital qui conformément aux dispositions du présent Accord sont imposables en République fédérale d'Allemagne, la République du Tadjikistan doit accorder :

a) en tant que déduction de l'impôt sur le revenu de ce résident, un montant égal à l'impôt sur le revenu payé en République fédérale d'Allemagne;

b) en tant que déduction de l'impôt sur la fortune de ce résident, un montant égal à l'impôt sur la fortune payé en République fédérale d'Allemagne.

Ces déductions ne doivent, en aucun cas, excéder la fraction de l'impôt sur le revenu ou la fortune, calculée après déduction, qui est applicable le cas échéant, au revenu ou à la fortune imposable selon la législation de République fédérale d'Allemagne.

Si, selon les dispositions du présent Accord, les revenus et le capital d'un résident de la République de Tadjikistan sont exonérés de l'impôt tadjik, la République du Tadjikistan peut néanmoins en calculant l'impôt sur la fraction restante de l'impôt ou les biens du résident, prendre en compte le revenu ou le capital exonéré d'impôts.

2. En ce qui concerne un résident de la République fédérale d'Allemagne, les impôts sont calculés de la manière suivante :

a) un revenu provenant de la République du Tadjikistan ainsi que des éléments de la fortune situés en République de Tadjikistan qui selon les termes de l'Accord pourraient être imposés dans la République fédérale d'Allemagne mais qui relèvent de l'alinéa b) du présent paragraphe sont exclus de la base de l'imposition allemande.

Dans le cas d'éléments de revenus provenant de dividendes, la disposition précédente ne s'applique qu'aux dividendes versés à une société (mais non à une association de personne) qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne par une société qui est un résident de la République de Tadjikistan dont 10 pour cent au moins du capital est détenu directement par la société allemande dans la mesure où le revenu n'est pas déduit lorsque les profits de la société qui paie les dividendes sont calculés.

Aux fins de l'imposition du capital, les actions de participation, dont les dividendes lorsqu'ils sont payés seraient exclus de la base de l'impôt en vertu des dispositions des parties précédentes du présent alinéa, ne devraient pas être pris en considération dans la base de l'imposition allemande.

b) selon les dispositions de la législation allemande en matière de crédit d'impôt étranger, lors de la perception des impôts allemands, un crédit doit être accordé aux impôts tadjiks figurant ci-dessous qui sont payés en vertu de la législation fiscale du Tadjikistan et conformément au présent Accord :

- (i) des dividendes qui ne relèvent pas de l'alinéa a) du présent paragraphe;
- (ii) les redevances;
- (iii) les revenus qui, en vertu du paragraphe 2 de l'article 13 du présent Accord, peuvent être imposés dans la République du Tadjikistan;
- (iv) les revenus qui en vertu du paragraphe 3 de l'article 14 du présent Accord peuvent être imposés dans la République du Tadjikistan;
- (v) les tantièmes des membres des conseils d'administration et de surveillance;
- (vi) les éléments de revenus au sens de l'article 16 du présent Accord.

c) En ce qui concerne le revenu tel qu'il est défini aux articles 7 et 10 du présent Accord et aux avoirs dont sont tirés ces revenus, les dispositions de l'alinéa b) du présent paragraphe s'appliquent à la place de l'alinéa a) si le résident de la République fédérale d'Allemagne ne prouve pas que le revenu de l'exercice financier de l'établissement stable au cours duquel les bénéfices ont été réalisés ou une société qui est un résident de la République de Tadjikistan pendant l'exercice financier où les dividendes ont été distribués, provient exclusivement ou presque d'activités en conformité avec les alinéas 1 à 6 du paragraphe 8 de la loi de la République fédérale d'Allemagne sur les relations fiscales extérieures; ces dispositions s'appliquent aussi aux biens immobiliers utilisés par un établissement stable et aux revenus provenant de ses biens immobiliers (paragraphe 4 de l'article 6) et aux bénéfices provenant de l'aliénation de biens immobiliers (paragraphe 1 de l'article 13 du présent Accord), ainsi que des biens mobiliers faisant partie de l'actif de l'établissement stable (paragraphe 3 de l'article 13 du présent Accord).

d) Toutefois, la République fédérale d'Allemagne se réserve le droit de tenir compte dans le calcul de son taux d'imposition des éléments de revenu et de fortune qui sont exonérés de l'impôt allemand quand il établit le taux d'imposition qui sera appliqué en République fédérale d'Allemagne.

e) Nonobstant les dispositions de l'alinéa a), une double imposition est éliminée en accordant une déduction telle qu'établie à l'alinéa b) :

- (i) si dans les Etats contractants les éléments de revenu ou de fortune font l'objet de dispositions différentes de celles du présent Accord ou sont attribués à des personnes différentes (sauf en vertu de l'article 9), et que ce différend ne peut être réglé en vertu d'une procédure conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 24 du présent Accord, et si en raison de cette différence ou de cette attribution, le revenu ou la fortune considéré n'avait été imposé ou, n'eût été ce différend, l'aurait été à un taux inférieur, ou
- (ii) si la République fédérale d'Allemagne, après consultations, notifie par voie diplomatique son intention d'appliquer le crédit d'impôt en vertu de l'alinéa b). La double imposition concernant lesdits revenus est alors éliminée en accordant une déduction à partir du premier jour de l'année civile au cours de laquelle la notification a été faite.

Article 23. Non-discrimination

1. Les ressortissants d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation qui soit autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou pourront être assujettis les ressortissants de cet autre Etat qui se trouvent dans la même situation notamment en ce qui concerne la résidence. Nonobstant les dispositions de l'article premier, la présente disposition s'applique également aux ressortissants de l'un ou l'autre Etat contractant qui ne sont pas résidents d'un Etat contractant ou des deux Etats contractants.

2. Les apatrides qui ont la qualité de résident d'un Etat contractant ne sont pas assujettis dans l'un ou l'autre des Etats contractants à aucun impôt ou obligation y relative autres ou plus onéreux que les impôts et obligations y relatives auxquels sont ou pourraient être assujettis les ressortissants de l'Etat contractant concerné qui se trouvent dans la même situation.

3. Les établissements stables qu'une entreprise d'un Etat contractant exploite dans l'autre Etat contractant ne seront pas imposés dans cet autre Etat d'une façon moins favorable que les entreprises de cet autre Etat qui exercent les mêmes activités. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un Etat contractant à accorder aux résidents de l'autre Etat contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôts en fonction de la situation ou des charges de famille qu'il accorde à ses propres résidents.

4. A moins que les dispositions du paragraphe 1 de l'article 9, du paragraphe 5 de l'article 11 ou du paragraphe 6 de l'article 12 ne soient applicables, les intérêts, redevances, ou autres frais payés par une entreprise d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont déductibles, pour la détermination des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident du premier Etat. De la même façon, les dettes d'une entreprise d'un Etat contractant à l'encontre d'un résident d'un autre Etat contractant, pour l'évaluation du capital imposable de cette entreprise sont déductibles dans les mêmes conditions que si elles avaient été contractées envers un résident du premier Etat.

5. Les entreprises d'un Etat contractant dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant ne sont soumises dans le premier Etat à aucune obligation ou imposition y relative, qui soient autres ou plus lourdes que celles auxquelles sont ou pourront être assujetties les autres entreprises similaires du premier Etat.

6. Les dispositions du présent Article s'appliquent, nonobstant les dispositions de l'article 2, aux impôts de toute nature ou dénomination.

Article 24. Procédure amiable

1. Lorsqu'une personne résidente d'un Etat contractant estime que les mesures prises par l'un ou les deux Etats contractants entraînent ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions du présent Accord, elle peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat

contractant dont elle est un résident ou si son cas relève du paragraphe 1 de l'article 23, à celle de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité. Le cas doit être soumis dans les trois ans qui suivent la première notification de la mesure qui entraîne une imposition non conforme aux dispositions du présent Accord.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, de résoudre le cas par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant en vue d'éviter une imposition non conforme au présent Accord. L'accord est appliqué quels que soient les délais prévus par le droit interne des Etats contractants.

3. Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu l'interprétation ou l'application du présent Accord. Elles peuvent aussi se concerter en vue d'éliminer la double imposition dans les cas non prévus par l'accord.

4. Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord comme il est indiqué aux paragraphes précédents ou si c'est nécessaire par l'intermédiaire d'une commission commune formée des autorités mentionnées ou de leurs représentants.

Article 25. Échange de renseignements

1. Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les renseignements nécessaires pour appliquer les dispositions du présent Accord ou celles des lois internes des Etats contractants relatives aux impôts de toute nature ou dénomination perçu au nom de l'Etat contractant, de ses lands ou de ses collectivités administratives territoriales qui font l'objet du présent Accord dans la mesure où l'imposition prévue par ces lois n'est pas contraire aux dispositions de l'Accord. L'échange de renseignements n'est pas limité par les dispositions de l'article premier. Les renseignements reçus par l'autorité compétente d'un Etat contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet Etat et ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et organes administratifs) qui participent à l'établissement ou au recouvrement des impôts visés par le présent Accord. Ces personnes ou autorités peuvent faire état de ces renseignements que dans ce but. Elles peuvent les divulguer que devant un tribunal ou en vue de décisions judiciaires.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à l'autorité compétente d'un Etat contractant l'obligation :

(a) De prendre des dispositions administratives dérogeant à sa propre législation ou pratique administrative ou à celle de l'autre Etat contractant;

(b) De fournir des renseignements qui ne peuvent être obtenus dans le cadre de sa propre législation ou pratique administrative normale ou de celle de l'autre Etat contractant;

(c) De fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel ou professionnel ou un procédé commercial, ou encore dont la communication serait contraire à l'ordre public.

Article 26. Dispositions relatives à l'imposition à la source

1. Si dans un Etat contractant les impôts sur les dividendes, les intérêts, les redevances et autres revenus d'un résident de l'autre partie contractante sont perçus à la source, le droit du premier Etat mentionné de collecter l'impôt au taux prévu par la législation nationale ne sera pas affecté par le présent Accord. Un impôt qui est perçu à la source devra, à la requête du payeur, être remboursé dans la mesure où il a été réduit ou éliminé en vertu du présent Accord.

2. Toute demande de remboursement doit être présentée à la fin de la quatrième année suivant l'année civile pour laquelle la retenue d'impôt a été appliquée aux dividendes, intérêts, redevances ou autres revenus.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, chacune des parties contractantes envisagera des procédures pour le versement du revenu qui n'est pas, selon le présent Accord, imposable ou qui n'est sujet qu'à un impôt réduit dans l'Etat d'où provient le revenu, sans qu'il y ait prélèvement à la source ou uniquement à un prélèvement de l'impôt spécifié dans l'article pertinent du présent Accord.

4. L'Etat contractant d'où proviennent les revenus peuvent demander à l'autorité compétente d'émettre un certificat de résidence dans l'autre Etat contractant.

5. Les autorités compétentes peuvent d'un commun accord ajuster les dispositions du présent article et, si c'est nécessaire, établir d'autres procédures pour l'application de réductions ou d'exemptions fiscales prévues en vertu du présent Accord.

Article 27. Application de l'Accord dans des cas spéciaux

Le présent Accord ne peut être interprété comme empêchant un Etat contractant d'appliquer ses dispositions législatives nationales tendant à prévenir la fraude ou l'évasion fiscales. Si les dispositions du paragraphe précédent entraînent une double imposition, les autorités compétentes, conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 24 du présent Accord, se concertent sur la manière d'éviter la double imposition.

Article 28. Membres de missions diplomatiques et fonctionnaires consulaires

1. Aucune disposition du présent Accord ne porte atteinte aux priviléges diplomatiques ou consulaires en matière d'impôt résultant des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords internationaux particuliers.

2. Nonobstant les dispositions de l'article 4 du présent Accord, toute personne physique membre d'une mission diplomatique ou consulaire d'un Etat contractant dans l'autre Etat contractant ou dans un Etat tiers est censée être résident de l'Etat qui l'envoie si :

a) conformément au droit international, elle n'est pas, dans l'Etat dans lequel elle réside, soumise à l'impôt sur le revenu provenant de sources situées à l'extérieur de cet Etat ou lié à une propriété située à l'extérieur de cet Etat, et

b) elle y est soumise aux mêmes obligations en matière d'imposition sur le revenu et sur la fortune que les autres résidents de cet Etat.

Article 29. Protocole

Le Protocole annexé fait partie intégrante du présent Accord.

Article 30. Entrée en vigueur

1. Le présent Accord doit être ratifié; les instruments de ratification seront échangés dès que possible.

2. Le présent Accord entrera en vigueur à la date de l'échange des instruments de ratification et ses dispositions prendront effet dans les deux Etats contractants :

(a) En ce qui concerne l'impôt retenu à la source à l'égard des revenus perçus à compter du 1er janvier de l'année civile suivant immédiatement celle au cours de laquelle l'Accord entre en vigueur;

(b) En ce qui concerne les autres impôts sur le revenu imposables à compter du 1er janvier de l'année civile suivant celle au cours de laquelle l'Accord entre en vigueur.

3. Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et l'Union des Républiques socialistes soviétiques tendant à éviter la double imposition et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôt sur le revenu et sur la fortune signé le 24 novembre 1981 en ce qui concerne les relations entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Tadjikistan cessera d'être applicable :

(a) En ce qui concerne l'impôt retenu à la source à l'égard des revenus perçus à compter du 1er janvier de l'année civile suivant immédiatement celle au cours de laquelle l'Accord entre en vigueur;

(b) En ce qui concerne les autres impôts sur le revenu imposables à compter du 1er janvier de l'année civile suivant celle au cours de laquelle l'Accord entre en vigueur.

Article 31. Dénonciation

Le présent Accord demeurera en vigueur indéfiniment, mais chacune des parties pourra le dénoncer moyennant un préavis de six mois voie diplomatique avant la fin de chaque année civile suivant une période de cinq ans à compter de la date de son entrée en vigueur. En pareil cas le présent Accord cessera de produire ses effets :

(a) En ce qui concerne l'impôt retenu à la source à l'égard des revenus perçus à compter du 1er janvier de l'année civile suivant l'année où la notification de la dénonciation a été communiquée;

(b) En ce qui concerne les autres impôts sur le revenu imposables à compter du 1er janvier de l'année civile suivant l'année où la notification de la dénonciation a été communiquée pour les années et périodes d'imposition à la fin de l'année civile de l'année civile au cours de laquelle la notification de dénonciation a été remise.

Fait, en double exemplaire, à Berlin le 27 mars 2003, en langues allemande et russe,
les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

KLAUS SCHARIOTH

Pour la République de Tadjikistan :

SAFARALI NADSCHMUDDINOV

PROTOCOLE À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
DE TADJIKISTAN TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MA-
TIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE DU 27 MARS 2003

Au moment de signer l'Accord tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune conclue entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Tadjikistan, les soussignés ont accepté les dispositions suivantes qui feront partie de l'Accord :

1. S'agissant de l'article 7 :

a) Lorsqu'une entreprise d'un État contractant vend des biens ou des marchandises ou exerce une activité économique dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, les bénéfices de cet établissement stable ne sont pas déterminés sur la base d'un montant total reçu à ce titre par l'entreprise mais uniquement sur la base d'un montant imputable à l'activité elle-même de l'établissement stable pour lesdites ventes ou activités;

b) Dans le cas de contrats portant notamment sur la recherche, la fourniture, l'installation ou la construction de matériel ou de locaux à des fins industrielles, commerciales ou scientifiques ou de contrats de travaux publics, lorsque l'entreprise dispose d'un établissement stable dans l'autre État contractant, les bénéfices de cet établissement stable ne sont pas déterminés sur la base du montant du contrat, mais uniquement sur la base de la partie du contrat qui est effectivement exécutée par l'établissement stable dans l'État contractant où il est situé. Les bénéfices provenant de la fourniture de biens à cet établissement stable ou les bénéfices se rapportant à la partie du contrat qui est exécutée dans l'État contractant où le siège de direction de l'entreprise est situé ne sont imposables que dans cet État;

c) Les paiements reçus au titre de services techniques, y compris des études ou des enquêtes de nature scientifique, géologique ou technique, ou pour des contrats d'ingénierie, y compris les plans d'exécution s'y rapportant, ou pour des services de consultation ou de supervision sont considérés comme étant des paiements auxquels s'appliquent les dispositions de l'article 7 de l'Accord.

2. S'agissant des articles 10 et 11 :

Nonobstant les dispositions des articles 10 et 11 du présent Accord, les dividendes et les intérêts sont imposables dans l'État contractant d'où ils proviennent et conformément à la législation de cet État,

a) S'ils découlent de droits ou de créances donnant droit à une participation aux bénéfices, y compris les revenus perçus par un associé passif au titre de sa participation en cette qualité ou d'un prêt dont le taux d'intérêt est lié aux bénéfices de l'emprunteur ou de bénéfices tirés d'obligations participantes en application de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne;

b) A condition qu'ils soient déductibles aux fins du calcul des bénéfices du débiteur du dit revenu.

3. S'agissant de l'article 25 :

Si, conformément à la législation nationale, des renseignements personnels sont échangés en vertu du présent Accord, les dispositions supplémentaires suivantes sont applicables sur la base des actes juridiques de chacun des Etats contractants :

- a) L'Etat contractant qui reçoit les renseignements ne peut les utiliser qu'aux fins déclarées et aux conditions prescrites par l'État contractant qui fournit les renseignements;
- b) L'Etat contractant qui reçoit les renseignements informe, sur demande, l'État contractant qui fournit les renseignements de l'utilisation des renseignements fournis et des résultats obtenus;
- c) Les renseignements personnels ne sont fournis qu'aux autorités compétentes. Les renseignements ne peuvent être ultérieurement fournis à d'autres autorités qu'après l'accord préalable de l'État contractant qui a fourni les renseignements;
- d) L'État contractant qui fournit les renseignements est tenu de s'assurer que les renseignements à fournir sont exacts et qu'ils sont nécessaires et correspondent aux fins pour lesquelles ils sont fournis. Toute interdiction frappant la fourniture de renseignements en vertu de la législation nationale applicable doit être respectée. S'il s'avère que des renseignements inexacts ou des renseignements qui n'auraient pas dû être fournis ont été fournis, l'État contractant qui reçoit les renseignements doit en être informé sans délai. Cet État est tenu de corriger les renseignements ou de les détruire;
- e) Sur demande, la personne intéressée sera informée des renseignements la concernant qui ont été reçus et de l'utilisation qui en sera faite. Ladite personne n'a pas à être informée si l'intérêt public semble l'emporter sur l'intérêt de ladite personne. Pour tous les autres aspects, le droit de la personne intéressée à être informée des renseignements la concernant qui sont détenus sera régi par la législation nationale de l'État contractant sur le territoire souverain duquel la demande de renseignements est effectuée;
- f) L'Etat contractant qui reçoit les renseignements assumera la responsabilité, conformément à sa législation nationale, à l'égard de toute personne qui subit des dommages par suite de la fourniture de renseignements au titre de l'échange de renseignements en vertu de la présente Convention. En ce qui concerne la personne lésée, l'État contractant qui reçoit les renseignements ne peut pas plaider à sa décharge que les dommages ont été causés par l'État contractant qui a fourni les renseignements;
- g) Si la législation nationale de l'État contractant qui fournit les renseignements prévoit des délais pour la destruction des renseignements, cet État en informe en conséquence l'État qui reçoit les renseignements. Indépendamment de cette législation, les renseignements personnels fournis doivent être détruits dès qu'ils ne sont plus nécessaires aux fins pour lesquelles ils ont été fournis;
- h) L'Etat contractant qui fournit et l'État contractant qui reçoit les renseignements doivent conserver des documents officiels de la fourniture et de la réception de renseignements personnels;
- i) L'Etat contractant qui fournit et l'État contractant qui reçoit les renseignements sont tenus de prendre des mesures effectives pour protéger les renseignements personnels fournis contre tout accès, toute altération et toute divulgation non autorisés.